

gements dieser Art unterschied sich einzig die Farbe des Kleides des Herrn Faure. Er ging ganz schwarz, während seine monarchischen Vorgänger bei ähnlichen Gelegenheiten zweifarbiges Tuch trugen.

Bei dem Bankette, das gleich nach seiner Ankunft ihm in Dänkirchen von der Gemeindeverwaltung gegeben wurde, forderte er:

in einem gleichen friedlichen Ideal die innige Einigung zweier großen Nationen zu gründen, welche eine der bedeutsamsten Ereignisse an der Wende des Jahrhunderts bildet.

Alles spricht dafür, daß das Bündnis zwischen der Republik und der absolutesten Monarchie ein Defensivbündnis war und bleiben wird. Bleiben dürfte es, weil die überwiegende Mehrheit des französischen Volkes den Frieden will und weil Rußland durch den Frieden nur gewonnen hat, während ein Krieg den Sturz des Absolutismus und eine Schwächung der russischen Weltmachtsstellung leicht zur Folge haben könnte.

Die Kriegsgefahr erscheint allen ernstlichen Vätern durch die Reise des Herrn Faure nicht näher, aber auch nicht fernher gerückt.

Eine Schätzung der diesjährigen Ernte veröffentlicht, wie alljährlich um diese Zeit, das ungarische Ackerbauministerium. Nach derselben wird der Gesamttertrag des Weizens auf 578 700 000 Meterzentner berechnet. Die Vorräthe aus dem Jahre 1896 belaufen sich nach der Schätzung auf annähernd 38 bis 45 Millionen Meterzentner. Die Weltente wird in dem Berichte als außerordentlich schwach bezeichnet.

Nach einer Londoner Mittheilung der „Frankf. Zeitung“ wird Europa jedenfalls in diesem Jahre ein bedeutendes Minus zu verzeichnen haben. Frankreich allein, das in den letzten Jahren kaum fremder Produkte bedurfte, erntet in diesem Jahre vielleicht nur 30 bis 35 Millionen Quarters gegen 48 Millionen im Durchschnitt der vorhergehenden drei Jahre, deren Ergebnisse für den Bedarf des Landes ausreichend gewesen waren. Gerade diese Erkenntnis Frankreichs, daß diesmal eine Zufuhr an Weizen gebraucht wird, gab den ersten kräftigen Anstoß zu der Preissteigerung auf dem englischen Markte; vor etwa einem Monat stieg Frankreich an, einige Ladungen Weizen zu kaufen und seitdem hat es seine Einkäufe ununterbrochen fortgesetzt. Inzwischen sind auch ungünstige Berichte über die Ernten in Ungarn, Italien, Rumänien und Rußland eingelaufen; bezüglich des letzteren wurden selbst groteske Uebertreibungen verbreitet, als ob Rußland überhaupt nichts für den Export übrig habe, aber die Erfahrung hat gelehrt, daß es bei diesem großen Produzenten nur eine Frage des Preises ist, um Getreide aus allen Gegenden hervorkriechen zu lassen. Man schätzt in gutunterrichteten Kreisen den für den Export überschüssigen Ertrag Rußlands auf wenigstens 10 Millionen Quarters. Diefelbe Quelle schätzt die diesjährigen Ernten in Europa, Amerika und Indien folgendermaßen in Millionen Quarters, verglichen mit den vorhergegangenen:

	Europa:	Amerika:	Indien:
1897	165	70	24
1896	190	57	26
1895	167	62	32
1894	191	64	32
1893	181	58	33
1892	172	69	28
1891	147	85	34

Das zeigt deutlich, daß Europa aus Amerika diesmal eine größere Menge Weizen beziehen müssen, als seit sehr langer Zeit. Es wird angenommen, daß Europa von Amerika 25 Millionen Quarters während der nächsten 12 Monate verlangen wird; um das zu leisten, müßte Amerika eine Ernte von mindestens 600 Mill. Bushels einheimsen; die höchste Schätzung geht indes nur auf 500 Mill. Bushels, andere sind viel niedriger, etwa 500 oder gar nur 450 Millionen. Daher die große Aufregung, als Meldungen von neuer Beschädigung der Frühjahrsernte in Amerika einliefen. Den Agrariern gefällt die Gestaltung des Getreidemarktes recht wohl; mäßige Ernte, hohe Kornpreise, das ist ihnen ebenso angenehm, wie es für die Massen des arbeitenden Volkes verberlich ist.

Aber selbstredend ist das plötzliche außerordentliche Emporschnellen der Getreidepreise durch die Manipulationen der Spekulanten jenseits wie diesseits des Ozeans noch besonders gefördert worden. Spielanten und Agrarier freuten sich um den Antheil, den sie zusammen von der Brotvertheuerung ziehen wollen.

Der internationale Arbeiterschuttkongress hat alles schwer geübert, was Arbeiterfreundlichkeit beachtet, aber das mindeste Opfer der Bourgeoisie für einen Schutz der Arbeiter als größte Gefahr für die „gesunde Entwicklung“ der Gesellschaft verabschiedet. So schreibt der unverwundliche Manchesterman, dessen Bildung mit Waffentrost begann und mit Fraucher schloß, in seinem üblichen Abendzeitartikel in der „Vossischen Zeitung“:

„Wir sind der Ansicht, daß die Herstellung befriedigender Arbeitsverhältnisse weit weniger von der Macht und Weisheit des Staates zu erwarten ist, als von friedlichen Verhandlungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, zu dem das Koalitionsrecht die Möglichkeit an die Hand gibt. Die theoretischen Erörterungen über die Grenzen des Arbeiterschutzes sind auf einem toden Punkte angelangt.“

Und der politische Antipode der „Voss. Ztg.“, der „Reichsbote“, schreibt:

„Dieser Kongress hat — das ist das wichtigste Resultat — aufs neue bewiesen, daß es unmöglich ist, mit der Sozialdemokratie zusammen an der Verbesserung sozialer Verhältnisse zu arbeiten; er hat aber auch gelehrt, daß die Sozialreform eine der größten Aufgaben der Zeit ist, der sich der Staat nicht entziehen kann und nicht entziehen darf.“

Der „Reichsbote“ thäte doch gut, den ersten Theil dieses Urtheils den nichtsozialdemokratischen Theilnehmern dieses Kongresses zu überlassen und diese haben mit einer ganz anderen Meinung zurück verlassen.

Neben diese Urtheile wollen wir noch den Schluß des Zeitartikels der „Frankf. Ztg.“: „Nach dem internationalen Arbeiterschuttkongress“ mittheilen:

„Wir sehen darin ein werthvolles Mittel, um immer weitere Kreise der Nationen für eine eminent kulturfördernde Idee zu gewinnen — für die Idee eines vollen Arbeiterschutzes. In dieser Richtung halten wir besonders die Beschlüsse des Kongresses über die Errichtung eines internationalen Arbeiterschutzbüros und eines eigenen ständigen Büros für werthvolle Grundlagen weiterer Fortschritte auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes.“

Das Ministerium Ralli ist aus der Kammerführung am Montag lebendig hervorgegangen. Delgannist hat offenbar keine Lust, in der jetzigen schwierigen Situation die Regierung wieder zu übernehmen; dieser erklärte, dem Ministerium nicht in den Weg treten zu wollen. Ein Woffisches Telegramm meldet über die Kammerführung: Das Haus und die Galleries sind dicht besetzt. Ministerpräsident Ralli erklärt, die Kammer sei einberufen worden, um zwei provisorische Zwölftel des Budgets sowie die Zurückbehaltung des Ueberschusses der Korinthenernte zu genehmigen. Der Ministerpräsident schließt sodann die Erklärung an, daß das Ministerium des absoluten Vertrauens der Kammer bedürftig, um an der Regierung zu bleiben. Was die Friedensverhandlungen betreffe, so könne er darüber keine Erklärung abgeben, doch müsse das Land sich darüber klar sein, daß die Friedensbedingungen drückend sein werden. Delgannist führte aus, seine Partei verfolge nicht, daß der Feind den Fuß auf dem heimischen Boden habe. Aller Zwiespalt würde verhängnisvoll sein. Seine Partei werde die Regierungsmassnahmen genehmigen, und ihr Votum werde ein vollkommenes Vertrauensvotum sein. Ueber die Abstimmung berichtet der Telegraph noch nichts, dagegen wurde der Gesetzentwurf betr. die Korinthenernte in erster Lesung angenommen.

Die Kriegsschätzungsfrage ist von ihrer Lösung noch weit entfernt. Nach der „Intern. Corr.“ haben die Bot-

schafter in Konstantinopel zwar formell die von türkischer Seite geforderte Summe von 4 Millionen Pfund noch bestehen lassen und den Vorschlag Englands, die Summe auf 2 Millionen herabzusetzen, vorläufig noch bei Seite gelassen. Dagegen wurde auf gemeinsamen Antrag Englands und Frankreichs hin beschlossen, zunächst von der griechischen Regierung eine Aufstellung darüber zu verlangen, welche Staatsrenten sie als Bürgschaft für die aufzunehmende Anleihe darbieten könne. Hierdurch ist der griechischen Regierung Gelegenheit gegeben, den Mächten den ziffermäßigen Nachweis zu erbringen, daß sie nicht einmal die Hälfte der geforderten Summe zu zahlen im Stande sein würde. Für die neue Anleihe können nur noch einige Gattungen der Jettennahme verpfändet werden, deren Betrag sich kaum auf zwei Millionen Pfund in Gold beläuft, so daß damit höchstens eine Anleihe von 2 Millionen Pfund verzinnt werden kann. Die Gesandten Rußlands, Frankreichs und Englands haben daher schon schon Äußerungen über den Bericht, daß Griechenland thatsächlich nur im Stande sei, eine Kriegsschuldigung von 2 Millionen Pfund zu zahlen.

Der „Standard“ meldet aus Athen vom Montag: die griechische Regierung habe den Mächten auf ihre Anfrage geantwortet, daß sie bereit sei, bestimmte Staatsrenten im Betrage von 6 Millionen Drachmen als Sicherheit für die Kriegsschuldigungsanleihe zur Verfügung zu stellen.

Aus Indien werden neue Unruhen gemeldet. In Bombay sind die Behörden zu scharfen Maßnahmen zur Unterdrückung derselben geschritten. Mehrere Redakteure indischer Blätter wurden wegen Aufreizung verhaftet. Der vor einiger Zeit verhaftete Redakteur sowie der Eigentümer des Eingeborenen-Blattes „Mahani“ wurden am Montag wegen Veröffentlichung aufreizender Artikel verurtheilt, und zwar ersterer zu lebenslänglicher, letzterer zu siebenjähriger Deportation. Daß die englische Verwaltung mit solchen gewaltsamen Mitteln vorgeht, läßt darauf schließen, wie gefährlich ihr die Bewegung unter den Eingeborenen erscheint. Doch dürfte durch solche Mittel nur Öl ins Feuer gegossen und die Lage verschlimmert werden.

Aus Simla wird nach London gemeldet, daß dort die Ansicht vorherrsche, der Emir von Afghanistan könne für die Erhebung der Grenzdistrikte nicht verantwortlich gemacht werden. Die Meinungen über die Rolle des Emirs scheinen jedoch in englischen Kreisen sehr getheilt zu sein. Die Militärbehörden neigen zu der Ansicht, der Emir deuchte nur vorläufig eine friedliche Haltung, bis seine Kräfte vollendet seien.

Mittlerweile haben die afghanischen Stämme ihre Operationen fortgesetzt. Ein Reutersches Telegramm meldet vom 30. August: Schinwar, ein Polizeiposten in den Samanobergen, ist von der Garison aufgegeben und vom Feinde niedergebrannt worden. Im gleichen Distrikt überfielen die Drafzais einen anderen Polizeiposten, den sie gleichfalls niederbrannten. In Mariat-Samauo plünderten sie den Bazar und schloßten die Schule ein. Sowohl der Kohat-Paß, wie auch der Abaidar-Paß sind jetzt von einer starken Macht der Afribis besetzt, die englischen Truppen sind daher bei Matanni konzentriert, denn der Befehl zum Vormarsch ist widerrufen worden.

Deutsches Reich.

Der Urlaub des Staatssekretärs v. Marschall ist, wie sich die „Kölnische Volkszeitung“ aus Berlin melden läßt, auf ein halbes Jahr verlängert worden.

Auf etwas ausgedehnte Zeit zur Lösung der Krise scheint man sich einrichten zu wollen. Für die Reichskasse bedeutet dieses Hinanschleichen über den formellen Wechsel im auswärtigen Amte, daß Herr v. Marschall noch ein halbes Jahr statt seiner Pension das viel höhere Gehalt als Staatssekretär und Herr v. Billow weiter sein Vorkassiergehalt bezieht, das beträchtlich höher ist, als das Gehalt des Reichskanzlers. Altpreußische Sparsamkeit sah anders aus.

Das Gesetz, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Erzeugnissen vom 15. Juni 1897, tritt bekanntlich mit Ausnahme der Bestimmungen des § 4 über die getrennten Verkaufsräume am 1. Oktober d. J. in Kraft. Aus diesem Anlasse schreibt man: „§ 5 dieses Gesetzes bestimmt, daß in öffentlichen Angelegenheiten, sowie in Schlachthäusern, Schlachthöfen, Frachtbüros, Konnossementen, Lagerhäusern, Ladefahrzeugen und sonstigen im Handelsverkehre üblichen Schriftstücken, welche sich auf die Lieferung von Margarine, Margarinefäße oder Rumpfspeisefett beziehen, die im Geleise vorgeschriebenen Waarenbezeichnungen angewendet werden müssen. Demgemäß ist es von dem genannten Zeitpunkt ab nicht mehr zulässig, daß dem Schweineschmalz ähnliche Zubereitungen, deren Fettgehalt nicht ausschließlich aus Schweineschmalz besteht, unter der bisher vielfach auch für diese Rumpfspeisefette noch üblichen Bezeichnung: Schweineschmalz oder dergleichen in Verkehr gebracht werden; für sie ist vielmehr nur die Bezeichnung Rumpfspeisefett anzuwenden.“

Vom Eisenbahnenwesen. Der „Reichs-Anz.“ schreibt: „Am Laufe dieses Sommers haben die Staatsbahnen eine ungewöhnlich große Anzahl schwerer Betriebsunfälle zu beklagen. Die königlichen Eisenbahn-Direktionen sind zwar schon erneut darauf hingewiesen worden, für die Sicherheit des Betriebes in ihren Bezirken unausgesetzt und mit allem Nachdruck besorgt zu sein und streng darüber zu wachen, daß das im früheren Dienst thätige Personal seine Anweisungen und die für die Betriebssicherheit erlassenen Vorschriften nicht nur genau kennt, sondern auch sicher anzuwenden versteht, und es darf erwartet werden, daß die Eisenbahnbehörden wie die Staats-Eisenbahnbeamten aller Grade ihrer Berufspflicht gewissenhaft nachkommen werden. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat jedoch noch Anlaß genommen, eine besondere Kommission mit der Aufgabe zu betrauen, in den einzelnen Direktionsbezirken auf größeren Bahnhöfen und für besonders schwierige Verkehrspunkte und Strecken:

1. die betriebssicherheitslichen Anordnungen und Einrichtungen,
2. die Anzahl, Dienstvertheilung, Dienstdauer und Dienstkenntnis des Personals des äußeren Dienstes
- unter Zugiehung von geeigneten Beamten des Bezirkes am Ort und Stelle zu prüfen, sowie
3. die allgemeinen für die Sicherheit des Betriebes erlassenen Vorschriften einer erneuten Revision zu unterziehen.“

Allgemeiner konservativer Parteitag. Der Beschluß des letzten konservativen Delegirtentages, einen allgemeinen konservativen Parteitag einzuberufen, wird voraussichtlich im kommenden Winter zur Ausführung gelangen. Die „Konservative Korrespondenz“ macht schon jetzt auf diesen Umstand aufmerksam, damit ihre Parteimitglieder im Lande bei Zeiten Vorkehrungen behufs Entsendung von Delegirten treffen. Welche Verhandlungsgegenstände auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt werden sollen, wird mitgetheilt werden, sobald die Vorarbeiten soweit gediehen sind. Jedensfalls aber werden in erster Linie die für die nächsten Wahlen in betracht kommenden Fragen zur Erörterung gelangen und Besprechungen über die Stellung der konservativen Partei zu den übrigen Parteien stattfinden.

Katholikentag in Landskron. In der ersten öffentlichen Versammlung am Montag hielt Dr. Bache eine Eröffnungsrede. Er führte folgende Gedanken an. Der Zweck der Generalversammlungen sei das Bekennen unseres Glaubens im öffentlichen Leben. Alle Stände seien stets auf den Katholikerversammlungen vertreten, wie sie alle sich zu dem gleichen Glauben bekannten. Wir dürften im Streit nie über die christliche Liebe hinausgehen, wie bestig wir auch angegriffen werden. Kampf sei das Lebensprinzip unserer Kirche; ohne Kampf werde sie zu Grunde gehen. Man kämpfe nur für den Frieden. Wir müssen noch immer um unsere Stellung kämpfen. Vor allen Dingen wir nicht an Spaltung denken. Der Sieg sei aber nur möglich bei geschlossenen Marschieren unter einheitlicher Führung, wolle man einen neuen Kulturkampf hintanhalten. (Beifall.) Auf wirtschaftlichem Gebiete befassen wir uns überdies nicht die gebührende Stellung. Auf wissenschaftlichem Gebiete ständen wir vielfach mehr zurück als wir bisher geglaubt hätten. Wir hätten bereits tüchtige Gelehrte, allein die Zahl müsse

nach größer werden. Vor allem müsse das junge katholische Deutschland aufgerufen werden, sich der Wissenschaft zu widmen. Wir wollen das deutsche Volk wieder einig machen im katholischen Glauben, aber nur in freier Ueberzeugung. In der Schulfrage sind wir noch sehr zurück. Alles geht auf das Verdrängen der Kirche aus der Schule und auf die Auslieferung der Schule an den Staat hinaus. Nur ein Mittel schlägt durch, die Schule im katholischen Sinne zu erhalten, wenn wir in allem katholisch sind, wenn Lehrer, Gemeindevorsteher und Bürgermeister bei uns katholisch sind und wenn ferner die Familien in allem katholisch sind. (Beifall.)

Nachdem alsdann der Münchener Erzbischof Thomas den Versammelten, welche niederknieten, den Segen erteilt hatte, sprach Frhr. v. Hertling über Katholizismus und Wissenschaft. Er forderte von der Wissenschaft Anerkennung der kirchlichen Autorität und meinte, daß auch in der Gegenwart Harmonie zwischen Katholizismus und Wissenschaft bestehe. Die bloße Naturwissenschaft reiche nicht aus für die Erklärung aller Probleme. Auch der Darwinismus könne den Anfang des Lebens nicht erklären und zwischen dem Menschen und dem höchsten Thiere bleibe eine unüberbrückbare Kluft. Die Geschichte beweise die Unmöglichkeit der alten Lehren und Tradition. Die katholischen Gelehrten seien allerdings noch die weichen Nadeln und man müsse hoffen, daß die studierende Jugend mehr leisten werde.

Frhr. sprach Dr. Schäfer über die christliche Charitas. Er vermehrte die Hilfe des Staates für die durch die Unwetterkatastrophen Geschädigten. Der Unterschied zwischen Arm und Reich werde immer bleiben, es sei aber möglich, den Ausgleich zu suchen. Es werde zu häufig vergessen, daß man den Reichen nicht bloß für sich empfangen. Die „tote Hand“ habe man ausgegliedert, die Klosterkasse habe man verboten und die Armensteuer eingeführt. Besser wäre, die „tote Hand“ hätte noch ihr Vermögen, um es mit Liebe auszugeben, als daß um das goldene Korn gelangt wird, um das nicht Israel allein tangt. (Beifall.) Aber was sollen unsere Klagen nützen, wenn sogar gottgeweihten Jungfrauen verboten wird, kleine Kinder im Stricken zu unterrichten. Kreuzes Preußen! (Beifall.) Redner schildert die christliche Charitas im einzelnen, sie gelte ohne Entgelt aus Liebe zu Gott. Auch auf dem Schlachtfelde thätigste sie sich; und wenn Jesuiten sie ausübten, so werde ihnen von dem dankbaren Vaterlande so gedankt, daß ihnen ein Freiplay jenseits der Grenze angewiesen werde, für das sie gekämpft und gelitten. Man werde nicht aufhören, sie zurückzuführen. (Beifall.) Unsere charitativen Vereine seien so auszubauen, daß sie prophylaktisch wirkten. Die Vereine müßten zusammenarbeiten und sich organisieren. Das Ideal sei die Rückkehr zur kirchlichen Armenpflege unter Führung der Bischöfe. Alle Stände müßten milarbeiten. Gott will es! (Beifall.)

Die Groß-Unternehmer und die Reform der Arbeiterversicherung. Die „Berliner Pol. Nachr.“ schreiben:

Demnach wird aus industriellen Kreisen eine Kommission zusammengetreten, welche sich mit den Rechten der Reichstags-Kommission betreffe der Novellen zu den Unfallversicherungs-Gesetzen beschäftigen wird. Wenn etwas dabei von vornherein zweifellos ist, so ist es die Zurückweisung der in der Reichstags-Kommission hervorgetretenen Bestrebungen auf Verklärung der Karenzzeit. In der Unfallversicherung Deutschlands sind bekanntlich die Arbeitgeberorgane, die Berufsgenossenschaften, zu alleinigen Trägern der Versicherungslast gemacht. Den Arbeitgebern allein fällt die Aufbringung der bis zum Beharungsstadium jährlich sich steigenden Beiträge zu. Die Arbeitnehmer haben von dem Gesetze lediglich Vortheile. Nun ist es aber eine bekannte Thatsache und noch neulich von uns an der Hand des Berichtes der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft nachgewiesen, daß die Unachtsamkeit und der Leichtsinne der Arbeiter manchen Unfall verschulden. Soll hiergegen, da man sich bisher auf eine Differenzierung der Renten nicht eingelassen hat, überhaupt keine Abwehr mehr vorhanden bleiben? Daburch, daß die dreizehnwöchige Karenzzeit in die Unfallversicherung eingeführt ist, sind die Lasten der innerhalb dieser Zeit noch nicht aufgeheilten Verletzungen zu einem Theile auch den Arbeitern befallen und gerade hierin wird man ein, wenn auch schwaches Mittel gegen die Ueberhandnahme des Leichtsinns der Arbeiter bei den Betriebsgefahren erblicken können. Ob es dazu ganz ausreicht, ist eine andere Frage. Jedenfalls kann es unzulänglich entbehrt werden. Man wird deshalb wohl auch nicht zögern, wenn man annimmt, daß nicht bloß in industriellen, sondern auch in Regierungskreisen der Gedanke der Verklärung der Karenzzeit in der Unfallversicherung nicht die mindeste Aussicht auf Annahme hat.

Die „industriellen Kreise“ und die „Regierungskreise“, die gegen die Herabsetzung der Karenzzeit sich von neuem ins Zeug werfen, sind offenbar die jetzigen Kreise, die unter des Freiherrn v. Stumm Diktatur stehen oder nach Wunsch des Freiherrn v. Stumm stehen sollen. In der Reichstags-Kommission gab es mit Ausnahme des Freiherrn von Stumm und seiner konservativen und konservativen Gefolgschaft unseres Entschlusses niemand, der nicht anerkannte, daß das Verlangen auf Aufhebung der Herabsetzung der Karenzzeit ein so gerechtfertigtes ist, daß sich ihm nur brutaler Egoismus und kurzfristige Herrschgier entgegenstemmen können. Nachdem die Karenzzeit von der überwiegenden Mehrheit in der Kommission angenommen war, streifte Freiherr v. Stumm. Vorher hatte er zur Bekämpfung der Herabsetzung der Karenzzeit ähnliche Gründe verwendet, wie in dem Selbstbuche stehen, das wir oben aus den „Berl. Pol. Nachr.“ niedriger gedruckt haben. Sein Benehmen war damals vergeblich — ob es im jetzigen Kurs erfolgreicher sein wird? —

Disziplinar-Untersuchung gegen einen Geistlichen. Vor einiger Zeit wurde von der Amtsenhebung dreier Pastoren im Hannoverschen wegen ihres Verhaltens bei der Jentenerfeier berichtet. Diese Geistlichen haben gegen ihre Amtsenthebung Berufung an die obere Kirchenbehörde eingelegt. Mittlerweile ist nun auch noch ein weiteres Disziplinar-Verfahren gegen den Pastor Scheckler in Winnen eingeleitet worden wegen eines von ihm in Bezug auf jene drei Amtsenhebungen in der „Pastoral-Correspondenz“ veröffentlichten Artikels, in welchem es u. a. heißt: „Derjenige, welcher rüdweg erklärt: ich halte die angeordnete Feier für unevangelisch und nicht in die Kirche gehörig, steht doch wahrhaftig fittich viel höher, als der, welcher, wie Einsender dieses, trotz der nämlichen Erkenntnis der Behörde mehr gehorcht, als seinem Gewissen. Ich bin mir bewußt, schmerzlich bewußt, am 21. März durch Verlesung des vorgeschriebenen Gebetes ein Sacrilieg begangen zu haben; denn von Herzen mitbeden konnte ich die Worte nicht. Hätte ich sie, wozu das „etwa“ der Verfügung das Recht gab, abändern wollen, so würde eine Veränderung erfolgt sein, die den Intentionen der Behörde schnurstracks zuwider gelaufen wäre. Doch ich habe gehorcht und bin daher strafrei vor „einem menschlichen Tage; der Herr aber ist es, der mich trifft“ (1. Cor. 4), und ich fühle dieses Gericht in meinem seit dem 21. März nicht mehr ruhig gewordenen Gewissen.“

Wenn also ein Geistlicher der Stimme seines Gewissens und den Geboten seiner Religion, wie er sie auffaßt, mehr gehorcht als weltliche Vorschriften oder auch nur bedankt, ihnen nicht gehorcht zu haben, so wird er disziplinarisch verfolgt. Die Religion und ihre Diener haben für wahr in hundertjährigen Staaten eine ungeheure wichtige Stellung!

Stühorn, 30. August. In einer soeben stattgefundenen gemeinschaftlichen Sitzung beider städtischen Kollegien wurde beschlossen, dem Bürgermeister Thomsen jährlich 2250 M. Pension vom 1. Januar 1898 und das ganze Gehalt von jetzt ab bis Januar zu bewilligen. Thomsen tritt sein Amt nicht wieder an.

Von einem russischen Grenzsoldaten wurde, wie die „Pol. Ztg.“ meldet, in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend an der Grenze bei Boguslaw ein Schmuggler er-

flossen, einem anderen Schmuggler drang eine Kugel in den Arm, aus dem sie bisher nicht entfernt werden konnte. Sicherem Vernehmen nach haben sich die russischen Grenzsoldaten in dieser Sache wieder einmal eine Grenzverletzung erlaubt, da sich beide Schmuggler, die die Proben durchwaten wollten, noch auf preussischem Gebiete befanden, als die Schüsse fielen. Dies hielt die Russen nicht ab, herüberzukommen, sich der Leiche des Erschossenen zu bemächtigen und sie auf russisches Gebiet zu schaffen.

Wird man mit der nötigen Energie gegen den „Erbfeind“ vorgehen? —
Hamburg, 30. August. (Fig. Ver.) Der Prozeß gegen den Redakteur H. Stengel vom „Hamburger Echo“ wegen Verleumdung des Königs der Belgier soll allem Anschein nach gar nicht zu Ende kommen. Nachdem derselbe früher schon mehrfach ausgefesselt war, war die Verhandlung, da die belgische Regierung sich weigert hatte, durch ihre Gerichte die von dem Angeklagten beantragten Beweiserhebungen vornehmen zu lassen, auf den 1. September angelegt. Weil das Gericht, wie es verlautet, es verfaßt hat, den Angeklagten rechtzeitig zum Termin zu laden, ist die Sache wiederum ausgefesselt und auf unbestimmte Zeit verlagert worden. ... Uebrigens ist es dem Angeklagten trotz der oben genannten Weigerung der belgischen Regierung gelungen, eine Fülle interessanter Beweismaterials herbeizuschaffen, das den edlen Leopold in einem nicht weniger als vortheilhaften Lichte erscheinen läßt. —

Dresden, 31. August. (Fig. Ver.) Die an sich schon niederträchtige Gehenbeuge wird hier und noch weiter im Grenzgebiet von der bürgerlichen Presse — allen voran die Amtsblätter der Provinz — in geradezu toller, empörender Weise betrieben. Die allerersten Dinge werden Nummer für Nummer in einer besonders eingerichteten Rubrik den Lesern aufgetischt. Dieses Treiben ist um so verwerflicher, wenn man bedenkt, daß es hier speziell auf die Arbeiter berechnet ist, jedenfalls im Effekt wenigstens so wirken muß. Jedes Jahr, wenn das Frühjahr herankommt, stellen sich auch die „böhmischen Schwalben“ ein. Das ist den Unternehmern sehr lieb, die böhmischen Arbeiter sind anspruchslos, und arbeiten deshalb auch in der Regel billiger. Vor allem, wenn es gilt, einen Streik, eine Lohnbewegung der einheimischen Arbeiter zu hintertreiben, ist man ja sofort mit dem Auskunftsmitel des Imports böhmischer Arbeiter bei der Hand. Das bürgerliche Pressegeheiß trägt nicht zum wenigsten dazu bei, diese Arbeiter herein zu locken, und sie als lächlige, ruhige und zufriedene Leute hinzustellen. So war es bis jetzt. Auf einmal sollen aber die Gehenbeuge die verkommensten Subjekte sein, die es nur auf der weiten Welt giebt. So schrieb jetzt der „Pirnaer Anzeiger“, der gerade so dicht an der Grenze die Hege besonders wirkungsvoll betreiben kann:

„Fort mit der Langmuth und einschläfernden Duldsamkeit gegenüber den Eindringlingen, denen das gute deutsche Geld wohl eine willkommene Beute ist, deren Sinnen und Trachten sonst aber nur der fanatischen Unterdrückung deutschen Volkthums und der freesthen Verunglimpfung deutscher Eigenart gilt.“ Und so geht es in jeder Nummer. Man mache man sich einen Begriff, wie diese Hezereien auf die unangefährten einheimischen Arbeiter, die den Böhmern so schon nicht gewogen sind, wirken müssen. Thatsächlich mehren sich auch die Ereignisse in der Pirnaer Gegend von Tag zu Tag. Geradezu eine Gemeinheit ist es aber, die böhmischen Arbeiter dafür verantwortlich zu machen. Erst holt man sie unter den süßesten Versprechungen heraus, um sie hier dann bei jeder Gelegenheit zu beschimpfen und zu verhöhnen. Gerade hier sind es die Sozialdemokraten, die durch Güte und gegenfeitige Aufklärung die Arbeiter beider Nationen einander näher zu bringen versuchen, um Ständele und Reibereien zu vermeiden. Das ist den Unternehmern natürlich nicht recht, denn wenn die böhmischen Arbeiter mit ihren einheimischen Arbeitsbrüdern sich verständigen, so merken sie auch, daß sie von den Unternehmern betrogen werden. Und in diesem Falle ist auch mit den böhmischen Arbeitern nicht gut Rathschen essen, denn es sind nicht die unwilligsten, die herein nach Sachsen kommen. Im Gegentheil, sie wollen sich ihre materielle Lage verbessern. Wenn sie sich dann, sobald sie unterrichtet sind, nicht mehr über's Ohr haufen lassen, dann nennt man sie freche Eindringlinge und alles mögliche sonst noch. Gerade in Pirna sind jetzt solche Fälle an der Tagesordnung. So hatte ein Unternehmer Böhmern für schwere Erdbarbeit angeworben und zahlte den Leuten ganze 26 Pfennige die Stunde. Als sie nun 85 Pf. verlangten, das sollten sie auf einmal ausgehert und nichtsnutzig sein. Ein unerhörtes Treiben! Eine nette Illustration für deutsch-nationale Bestimmung! —

— Zu den sächsischen Landtagswahlen. Die Aufstellung der ordnungsparteilichen Kandidaten wird jetzt aus mehreren Kreisen berichtet. Auch unsere Genossen holen in einigen Kreisen, die bisher geizig hatten, die Aufstellung ihrer Kandidaten nach. Die Wahlagitator beginnt lebhafter zu werden. Für unsere Partei hat jetzt Genosse Geiger auf einer Agitationstour eine ganze Reihe Verammlungen abgehalten. —

Hypolda, 31. August. (Fig. Ver.) Die Wahlen im Großherzogthum Sachsen-Weimar werden in diesen Tagen vorgenommen. Mittwoch, den 1. September, finden die Wahlen der Wahlmänner im II. Verwaltungsbezirk statt; der I. Verwaltungsbezirk besteht aus sechs, der II. Verwaltungsbezirk ebenfalls aus sechs, der III. aus vier, der IV. aus drei und der V. Verwaltungsbezirk aus vier Landtagswahlkreisen; in jedem Verwaltungsbezirk finden die Urwahlen auf einem anderen Tage statt. Die Wahlen der Abgeordneten durch die Wahlmänner werden für jeden einzelnen Wahlbezirk besonders festgesetzt. Wenn wir auch infolge des entwickelten, der großen Masse der Wähler fast gänzlich unbekanntem Wahlsystems mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, so berechtigt unsere bisherige Agitation zu den besten Aussichten. Ein Erfolg kann jetzt schon konstatirt werden: das Interesse zur Theilnahme an den Landtagswahlen ist durch uns wachgerufen. —

Strasburg i. G., 30. August. (Fig. Ver.) Eine polizeiliche Maßregelung, die auf die Zustände in Elsas-Bohringen ein großes Schlaglicht wirft, wird hier augenblicklich viel besprochen. Dieselbe hat folgende Vorgeschichte: Mitte Juni d. J. sandten fünf Sportsleute aus Saarburg (Bohringen) ein Gläubigerschreiben an den französischen Reichsminister Bourillon anlässlich seiner Erfolge auf der Rennbahn zu Hannover. Darin sprachen sie ihm ihren Dank aus dafür, daß er „die französischen Farben, welche auch die ihrigen seien, zum Siege geführt“ habe. Wenige Tage später veröffentlichte das Pariser Sportsblatt „Le Vélo“ den Wortlaut dieser Zuschrift, die nur von da aus ihren Weg in die reichsdeutsche Presse nahm. Einige Blätter, vorab die „Neue Zeitung“, behandelten den Dummenjungenstreich der fünf Saarburger in hawinisch-denunziatorischem Sinne und machten dadurch die Behörden auf die „staatsgefährliche“ That aufmerksam. Die „Angeklagten“ behaupteten hierauf in einer öffentlichen Erklärung, der Wortlaut ihrer Zuschrift an Bourillon sei von „Le Vélo“ gefälscht worden und es sei dem Blatte eine Aufforderung zur Berichtigung zugegangen. Bis heute ist jedoch eine solche allerdings noch nicht erschienen. Die vernünftig urtheilende Presse des Landes maß der Sache keinerlei Bedeutung bei, so daß in den letzten Wochen Gras darüber zu wachsen begann. Nun kommt aus Saarburg plötzlich die überraschende Nachricht, daß einem der Adressenunterzeichner, Restaurateur Clement daselbst, infolge seiner bei jenem Anlaß bewiesenen deutschfeindlichen Gesinnung die Wirtschaftskonzession entzogen worden, und daß den Vorständen der Vereine, deren Mitglieder die übrigen sind, seitens der Verwaltungsbehörde die Aufforderung zugegangen sei, bei Vermeidung der Auslösung die „Reichsfeinde“ auszuschließen. Hierbei kommt — o Ironie des Schicksals! — besonders der Saarburger Krügerverein in Betracht, dem mehrere der Herren bisher angehörten. — Es liegt uns natürlich fern, das beucherrische Doppelspiel der Saarburger Sportsleute irgendwie beschönigen zu wollen, die es fertig brachten, einem harrkopatriotischen preussisch-deutschen Krügerverein anzugehören und gleichzeitig die französische Trikolore für ihre Farben zu erklären. Immerhin muß aber dabei in Betracht gezogen werden, daß es sich im letzteren Fall allem Anschein nach

um einen unüberlegten großsprecherischen, dabei aber höchst harmlosen Dummenjungenstreich handelt, der es jedenfalls nicht verdient, seitens der Polizeigewalt mit der wirtschaftlichen Zugrunderichtung des Einen der „Thäter“ beauftragt zu werden. In der Fall einerseits ein neuer Beweis für die unfelige politische Heuchelei, zu welcher das preussische Polizeiregiment in Elsas-Bohringen geführt hat, so zeigt er andererseits von neuem die Unhaltbarkeit der im Lande bestehenden gesetzlichen Zustände, die es der administrativen Willkür anbeingehen, ohne richterliche Untersuchung und Entschcheidung ein solch schwerwiegendes Urtheil über einen Bürger und Geschäftsmann zu verhängen, wie es in der oben erwähnten Polizeimaßregel enthalten ist. —

— **Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Ein belgischer Arbeiter, der vor längerer Zeit eine Münze fand und sich über das Bild des Kaisers auf derselben nicht eheverbietig geäußert haben soll, wurde vom Düsseldorf Landgericht zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. —

Oesterreich. **Wien, 31. August.** Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht das Gesetz über die Erhöhung der Börsensteuer, welches am 1. November in Wirksamkeit tritt.

— Die Bauern werden auffällig. In einer Bauernversammlung, die der Verband der Landwirthe Niederösterreichs am vergangenen Sonntag nach Wien einberufen hatte, äußerte ein Redner: Die Regierung nennt sich eine Regierung mit der starken Hand, eine glückliche Hand hat sie nicht. Das staatliche Wirtschaftssystem arbeitet mit Dampfkraft für die Sozialdemokratie; jährlich verfallen 87 700 Angehörige der Bauernschaft infolge der exekutiven Feilbietungen dem Proletariat. Zwölf Millionen Bauern sind politisch ohnmächtig, weil sie nicht organisiert sind. Ein Haupthinderniß für die Organisation der Bauern ist der Polenklub. Der Schloß ist ein Kreuz, wenn sich die Bauern organisiren sollen. Sobald die Regierung mit einer volksthümlichen Vorlage kommt, hängt sich der Polenklub als Sperrenschiff vor. Die Macht, die der Polenklub ausübt, ist eine Schmach für Oesterreich. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung mit der starken Hand ist nicht in der Lage gewesen, die Vorlage über die berufsgenossenschaftliche Organisation des Bauernstandes durchzuführen. Wir brauchen, sagte Redner mit erhobener Stimme, den Polenklub nicht und können auf die Mithilfe des Ministeriums verzichten, wir Bauern werden uns selbst organisiren. (Lebhafter Beifall.) Aus den Vorständen des Vereines will der niederösterreichische Landesausschuß einen sogenannten Bauernrath bilden. Nach Verlesung der Statuten erfolgte die Konstituierung des neuen Bauernvereines. —

Frankreich. **Marseille, 31. August.** Der frühere Abgeordnete des Departements Drôme, Camille Richard, welcher in die neuerdings beginnenden Verhandlungen des Panama-Prozesses verwickelt ist, hat sich auf der Fahrt von Paris hierher im Eisenbahnwagen-Abtheil durch einen Revolveranschlag getödtet.

Niederlande. **Amsterdam, 29. August.** (Fig. Ver.) Die Wahl von Kops hat im Kreise Enschede erste Wirren hervorgerufen. Schon während der Agitation zwischen der Haupt- und der Stichwahl war von Kol in einige vorwiegend katholische Orte des Kreises auf starken Widerstand gestoßen. Die fanatischen Bauern der Dörfer Boffter und Konreter empfangen ihn mit entsetzlichen Wuthgeschrei, bewarfen ihn sogar mit Steinen, mißhandelten seine Begleiter u. s. w. Als nun der sozialdemokratische Sieg bekannt war, hat eine durch die Sozialblätter ausgehegte Wutse in Städtchen Oldenzaal die Genossenschaft der jüdischen Ladenbesitzer und der liberalen Gesellschaft eingeworfen. Während der drei aufeinanderfolgenden Abende wurde ein Morgradau gemacht. Der katholische Bürgermeister hat alles stillschweigend geduldet. Gegen ihn haben einige Liberale eine Klage wegen Pflichtverletzung erhoben. —

Italien. — Ueber die Bauernbewegung in den „Castelli Romani“ liegt jetzt aus Rom als Ergänzung der telegraphischen Nachrichten der folgende Bericht vor: Die Bauern von Albano übersetzten bei Nacht drei Landgüter, welche Privateigentum römischer Familien sind und erklärten sie für Gemeine-Eigentum. Pflücht rühten drei Kompanien Verfolgter mit aufgespanntem Napounet an. Mit ihnen kam ein Polizei-Inspektor, der in längerer Rede der Menge klar zu machen suchte, daß er keinem Menschen gestatten könne, das Eigenthumsrecht zu verletzen. Seine Worte blieben jedoch unbeachtet und durch ein geschicktes Manövre gelang es einer Gruppe berittener Bauern, die Karabinieri zu umzingeln und von den Truppen abzuschließen. Die Folge war ein Wirrwarr sondergleichen. Die Pferde der Soldaten bäumten sich hoch auf, die Gese und Maulthiere der Bauern vertheilten nach allen Richtungen hin Fußtritte, und der Polizeileutnant wäre beinahe in einen Wassergraben gefallen. Inzwischen rühten die Bauernfrauen, welche die Herren Ehemänner begleiteten, gegen die Verfolgter vor und durchbrachen die Truppenreihen. Bei diesem Scharmale wurden drei Frauen leicht verletzt. Die Bauern folgten ihren Gattinnen, besetzten die Landgüter und begannen im Schweiß ihres Angesichts mit Spaten und Schaufel zu arbeiten — unter Aufsicht der Soldaten. Erst um 7 Uhr morgens zogen sich die Bauern zurück. Sie ernannten eine Kommission, die mit den Eigenthümern der von ihnen beanspruchten Ländereien unterhandeln soll, und versprachen, sich bis zum Abschluß der Verhandlungen ruhig zu verhalten. —

Spanien. **Madrid, 31. August.** Die spanische Regierung unternimmt die nötigen Schritte, um eine Vereinigung aller Konservativen durchzuführen; alle Maße war bisher vergebens. Die Regierung beschäftigt sich noch immer mit der Frage der Verbannung der Anarchisten. —

Rußland. — **Sozialdemokratische Zeitschriften.** Im Juni 1896 verbot die Zensur jede gedruckte Mittheilung über Streiks. Am 5. Januar 1897 wurde das Verbot ausgedehnt auf jede Nachricht über Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, über Arbeitsdauer und Arbeitslohnhöhe; jedes Beleuchten dieser für die Arbeiterschaft so wichtigen Fragen sollte unmöglich gemacht werden.

So die russische Zensur. Und nun? Trotz dieser Verbote hat das mächtige Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung unter der russischen Arbeiterschaft eine erhebliche sozialdemokratische Presse ins Leben gerufen. Zur Zeit existiren in Rußland sechs sozialdemokratische Zeitschriften, die sämmtlich in den letzten anderthalb Jahren gegründet sind: 1. „Peterburskii Lotutschii Listok“ — „Peterburger Flugblatt“ in russischer Sprache; 2. „Jüdische Arbeiter“, jüdisch in Nordwest-Rußland; 3. „Echo zycia robotniczego“ — „Wiederhall aus dem Leben der Arbeiter“; 4. „Robotnik Litowski“ — „Litauischer Arbeiter“; 5. „Kowionski Robotnik“ — „Kowionscher Arbeiter“; die drei letzteren sind polnisch. Diese fünf hier angeführten Zeitungen werden gedruckt und eine sechste „Wpered“ — „Vorwärts“ in Kiev wird in russischer Sprache heltographirt. —

— Vom Hauptorgan der russischen Sozialdemokratie, der in Genf erscheinenden Revue „Der Arbeiter“ ist soeben Nr. 3 und 4 erschienen. Es ist ein 270 Seiten starkes Büchlein mannigfaltigen und interessanten Inhalts. Außer einer großen Anzahl Nachrichten in Form von Artikeln, Korrespondenzen, Notizen u. s. aus der russischen Arbeiterbewegung, enthält dasselbe Berichte über alle hervorragenden Erscheinungen der Arbeiterbewegung des Auslandes; so z. B. über den Hamburger Streik, den Eisenbahnarbeiter-Streik in der Schweiz, die sozialistische Bewegung in Galizien, die Wahlen in Oesterreich.

— Einem besonderen Theil des Büchleins bildet die „Chronik der revolutionären Bewegung“ in Rußland. Diese umfaßt ein Verzeichniß von Verhaftungen, Verurtheilungen, sowie von Todesfällen im Keiser und in Sibirien. Ein furchtbares Verzeichniß, welches

einen Raum von 32 Seiten in Petitedruck einnimmt und als „ein Martyrolog vom Ende des XIX. Jahrhunderts“ bezeichnet werden kann. —

Partei-Nachrichten.

Die Grabstätte Ferdinand Laffale's auf dem jüdischen Friedhofe in Breslau wurde am Sonntag von den Arbeitern und Arbeiterinnen der schlesischen Hauptstadt wieder reich geschmückt. Viele Hunderte besuchten den Plag, wo die Ueberreste des großen Kämpfers des Proletariats ruhen. Von den vielen herrlichen Kranzgebenden sei nur erwähnt die der jüdischen „Arbeiter-Zeitung“ in New-York, offiziellem Organ der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Parteiverammlung des Kreises Niederbarnim findet Sonntag, den 5. September, mittags 12 Uhr, in der Brauerei Stralau statt. Die Genossen Niederbarnims wollen in derselben sowohl zu der Konferenz der Provinz Brandenburg wie zu dem Parteitag in Hamburg Stellung nehmen. Für die Frage der Landtagswahl-Betheiligung, ist Genosse Stadthagen als Referent und Genosse Arons als Korreferent bestellt. Bei der Wichtigkeit und Reichhaltigkeit der Tagesordnung ist rege und pünktliche Betheiligung sehr wünschenswerth.

Die Sozialdemokraten des Wahlkreises Oberbarnim hielten ihre diesjährige Parteikonferenz am Sonntag in Wriezen ab. An den Verhandlungen nahmen auch 6 Vertreter des Königsberger Wahlkreises teil, weil die dortigen Genossen ein passendes Lokal zur Abhaltung einer eigenen Konferenz nicht haben. Die Einnahmen des Kreisvertrauensmannes betragen im letzten Jahr 1652,07 M., die Ausgaben 1538 M. In Beziehung auf die Stellung zu den Landtagswahlen wurde eine Resolution für Aufhebung des Kölner Beschlusses angenommen. Den einzelnen Kreisen soll überlassen werden, in welcher Form sie sich an der Wahl betheiligen wollen. Bei den Verhandlungen über die kommende Reichstagswahl brachte Genosse Salomon aus Wriezen eine längere Resolution ein, die eine Reihe von Vorschlägen enthielt, welche die Landwirtschaft betreffen. Unsere Abgeordneten sollen für die Vorschläge eintreten. Angenommen wurde eine Resolution, wonach der Hamburger Parteitag beschließen soll, in Hinblick darauf, daß durch die Betheiligung an den preussischen Landtagswahlen die Agrarfrage wieder in den Vordergrund treten werde und sich deshalb die Partei auf neu mit ihr befassen müsse, diese Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, mit den Vorarbeiten aber sogleich wieder eine Kommission zu betrauen. Als Reichstags-Kandidat wurde Genosse Bruns aus Berlin einstimmig wieder aufgestellt. Zur brandenburgischen Provinzialkonferenz wurden delegirt: Salomon aus Wriezen, Gläser aus Oberwalde und Stöckel aus Biesenthal, und als Delegirter für den Parteitag in Hamburg wurde Bruns aus Berlin gewählt.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Ostbavland wird Sonntag, den 5. September in Spandau in Radke's Lokal, Kneipierstr. 5, abgehalten. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Kreisvertrauensmannes, Kaffenbercht. Bericht des Vertrauensleute aus den Orten. 2. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent Genosse Paris aus Velten. 3. Unsere Stellung zur Landtagswahl. Referent Genosse Heinrich aus Potsdam. 4. Wahl eines Delegirten zum Parteitag und Wahl von Delegirten zur Brandenburgischen Provinzialkonferenz. 5. Wahl des Kreis-Vertrauensmannes.

Um zahlreiche Besichtigung der Konferenz ersucht der Kreis-Vertrauensmann: H. Schröder in Spandau.

Wahlkreis Prenzlau-Angermünde. Ueber die Parteikonferenz am Sonntag wird uns noch geschrieben: Die Konferenz mußte in Freienwalde, also in einem anderen Wahlkreise abgehalten werden, weil uns in den 185 Orten des Wahlkreises Prenzlau-Angermünde nicht ein einziges Lokal zur Verfügung steht. Um so fleißiger wird die Agitation durch Schriften betrieben. Es sind in der abgelaufenen Periode 11 500 Kalender, 8000 Flugblätter gegen die Geseinde-Ordnung, 13 000 Flugblätter gegen das geplante gemeine Altentat auf das Vereinsrecht und 1000 Waisenzeitungen verbreitet worden. Als Delegirter zur brandenburgischen Provinzialkonferenz wurde neben den Genossen Lohse aus Prenzlau und Reich aus Strasburg noch der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Thierbach aus Berlin, gewählt.

Zu Landberg a. M. wurden am 24. August die Gewerbetagswahlen vorgenommen. Der „Märkischen Volkstimme“ ging darüber folgende erbauliche Schilderung zu: Die Wahlen waren um 4 Uhr angefangen, jedoch waren die dazu bestimmten sechs Wähler um diese Zeit noch nicht erschienen. Um halb 5 Uhr waren vier Wähler anwesend, wovon einer nach einiger Zeit wieder ging. An der Wahl konnte sich keiner der Wähler betheiligen, weil sie es veräumt hatten, sich in die Liste einzutragen zu lassen. Die Wahl selbst geschah gruppenweise. Von unserer Seite waren 20 Arbeiter und 15 Arbeitgeber, von den Gegnern 4 Arbeiter und 14 Arbeitgeber als Kandidaten aufgestellt, und zwar je auf eine Liste. Von unserer Liste wurden 58 Stimmen für die Arbeiter und 9 für die Arbeitgeber abgegeben; von den Gegnern 40 und 14. Von unserer Seite sind gewählt: 6 Arbeiter und 7 Arbeitgeber, von den Gegnern 3 Arbeiter und 7 Arbeitgeber; die übrigen müssen ernannt werden. Da durch die gruppenweise Wahl nur Angehörige der betreffenden Gruppe gewählt werden konnten, auf den Stimmzettel aber alle Namen verzeichnet waren, so kamen nur die Namen in Betracht, die zu der Gruppe gehörten. Im Bauergewerbe und in der Holzindustrie wurden unsere Kandidaten gewählt. Von der Zieglerindustrie war kein Wähler erschienen. In den gewählten Gewerben wurden unsere Stimmzettel nicht anerkannt, weil die Kandidaten zu anderen Gruppen gehörten. Bei der früheren Wahl soll nicht nach Gruppen gewählt worden sein. Da nach dem Ortsstatut die Wahl von 4—7 Uhr stattfinden soll, dieselbe aber schon um 6 Uhr geschlossen wurde, wodurch eine große Anzahl Arbeiter an der Wahl verhindert wurden, so werden die die Wahl ansetzen. Außerdem sind auch noch andere Irrthümer vorgekommen, so hat man z. B. einen Modellfischer, weil er in einer Maschinenfabrik arbeitet, anstatt bei den Holzarbeitern bei den Eisenarbeitern wählen lassen, und einen anderen, der in derselben Fabrik arbeitet, bei den Holzarbeitern. Ebenso hat man es unterlassen, die wichtigsten Bestimmungen des Ortsstatuts über das Gewerbegericht zu veröffentlichen. Sollten, was wir bestimmt erwarten, die Wahlen von der Aufsichtsbehörde für ungültig erklärt werden, dann ersuchen wir namentlich die Metallarbeiter sich besser als diesmal an der Wahl zu betheiligen.

Die Sozialdemokratie Ost- und Westpreußens hielt am Sonntag und Montag in Königsberg i. Pr. ihren diesjährigen Parteitag ab. Vertreten waren 10 ost- und 4 westpreussische Kreise durch insgesamt 42 Delegirte. Nach einem mit sämmtlichem Beifall aufgenommenen Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Haase, worin die politische Lage geschildert und die verstorbenen unvergesslichen Parteigenossen Karl Schuke pietätvoll gedacht war, berichteten die Delegirten über den Stand der Partei in ihren Kreisen.

Königsberg-Stadt steht noch unter dem Eindruck des jüngst erfolgten Wahlsieges, während Königsberg-Land, das sehr eifrig von den Genossen aus der Stadt bearbeitet wird, zu den besten Hoffnungen berechtigt, selbst die Gegner finden sich schon mit der Thatsache ab, daß, wenn es so weiter geht, sie den Kreis an die Sozialdemokratie verlieren werden. Die meisten Kreise haben, wie auch Königsberg, unter dem Lokalmangel zu leiden, auch an wirtschaftlich unabhängigen Personen, die sich ganz der Bewegung widmen können, fehlt es vielerorts. Hervorgehoben wurde aber, daß die Verbreitung unserer Ideen auf dem Lande in den Domänen der Adligen erfreuliche Fortschritte macht. Bis in die entferntesten Gegenden sind sie gedrungen und finden trotz aller Anfechtungen der Junker, der Geistlichen und der Gendarmen guten Boden.

Von Westpreußen lauteten die Berichte meist trübe; in vielen Kreisen ist es der Partei bisher nicht möglich gewesen, Fuß zu fassen. Besonders Schwierigkeiten bietet da das überwiegend

polnische Element unter den Landarbeitern. Die Landagitation ist dort äußerst schwierig und, wie durch traurige Beispiele bewiesen wurde, oft mit Gefahr für Leib und Leben verbunden, und doch dümmert es auch in diesen Kreisen schon hier und da. Danzig-Stadt hat viel unter den persönlichen Freizügigkeiten der letzten Jahre gelitten, doch hegen die Genossen die Hoffnung, daß die Bewegung jetzt vorwärts gehen wird. Nämlich ebenso liegen die Verhältnisse in Elbing, wo ganz besonders eine wirtschaftlich unabhängige agitatorische und führende Kraft fehlt. Charakteristisch für die Kampfesweise unserer Gegner in Thorn ist, daß dort alle in der Partei thätigen Genossen durch wirtschaftliche Maßregelungen schließlich gezwungen werden, Thron zu verlassen, weshalb die Bewegung nicht recht vorwärts kommen kann. Ja, nicht nur entläßt der Unternehmer unsere Genossen aus der Arbeit, die Wirthe werben sie auch aus der Wohnung, und keiner nimmt sie auf, weil sie fürchten, es würde dann kein Segen auf ihrem Hause ruhen. Der Vorsitzende konnte in seinem Referees aber doch feststellen, daß, wenn die Berichte auch viele trübe Bilder boten, doch nicht verkannt werden darf, daß auf der ganzen Linie ein erfreulicher Fortschritt wahrzunehmen ist; die Wirbungen und Kanäle sind nicht mehr so sicher auf ihren Eichen, mit ihrer unumschränkten Herrschaft ist es bald aus.

In der Diskussion schilderte Frau Bahle aus Königsberg in trefflicher Weise den Werth der Frauenbewegung. In Königsberg sei die Agitation unter den Frauen des Proletariats von Erfolg gewesen und habe zum Fortschritt der dortigen Parteibewegung wesentlich mit beigetragen. Die Rednerin empfahl den Parteigenossen aus der Provinz, auch auf dem Gebiete der Agitation unter den Frauen nicht faulig zu sein.

Beschlossen wurde zum Punkt Organisation und Agitation, daß die Vertrauensmänner in Königsberg und Danzig für die Ernennung eines Vertrauensmannes zu sorgen haben, der mit allen Kräften die Agitation in die Wege zu leiten hat; ferner soll möglichst in jedem Kreise eine Parteikonferenz abgehalten werden, die sich u. a. mit der Kandidatenfrage zu befassen hat.

Es folgte der Punkt: Reichstagswahlen. Als Kandidaten wurden aufgestellt: Königsberg Stadt: Haase, Königsberg Land: Schnell, Nemei, Seydelkrug; Otto Braun, Tilsit-Niederung: Hofer, Ragnit-Pillkallen: Hofer, Friedland-Gerdauen-Rastenburg: W. Braun, Johannisburg-Lyd: Eshardt-Kommorowen, in den übrigen ostpreussischen Kreisen Haase aus Königsberg. Die westpreussischen Parteigenossen wollen die Kandidatenfrage später regeln.

Beim Punkt: Beteiligte an den preussischen Landtagswahlen kam der Referent Reichstags-Abgeordneter Haase zu dem Schluß, daß es für die Partei nur von Vortheil sein kann, wenn sie sich an den Landtagswahlen beteiligt. Die bürgerlichen Parteien könnten der Reaktion kein kraftvolles Halt gebieten, deshalb müsse das Proletariat sein Gewicht in die Waagschale werfen. Genosse Haase ist entgegen dem Auer'schen Vorschlag für die Aufstellung eigener Wahlmänner, um auch einige sozialdemokratische Abgeordnete in den Landtag hineinzubringen. Er empfahl den Delegirten die einmüthige Annahme folgender Resolution:

Der Parteitag erklärt, der Beschluß des Kölner Parteitags in Sachen der preussischen Landtagswahl wird insofern aufgehoben, als er es den Parteigenossen zur Pflicht macht, sich jeder Beteiligte an den Landtagswahlen unter dem bestehenden Wahlsystem zu enthalten. Die einzelnen Wahlkreise haben darüber zu beschließen, ob sie sich an der Landtagswahl beteiligen.

Der Referent hob noch hervor, daß sein Standpunkt eigentlich so weit gehe, daß in allen Wahlkreisen, wo Aussicht auf Erfolg ist, den Genossen zur Pflicht gemacht wird, sich an den Landtagswahlen zu beteiligen, doch wolle er dieses nicht in die Resolution aufnehmen, um eine Einigung nicht zu vereiteln.

Genosse Bartel aus Danzig als Korreferent brachte verschiedene Einwände gegen die Ausführungen Haase's vor, wobei er besonders auf die korumpirende Wirkung hinwies, die, wie er behauptet, ein Partein mit den Freisinnigen nach sich ziehen würde; indem verspricht er sich nicht den geringsten Erfolg von der Beteiligte und hält es für ganz unmöglich, auch nur einen Kandidaten unserer Partei durchzubringen.

Nach längerer Debatte für und wider die Beteiligte einigten sich jedoch die Delegirten auf die Haase'sche Resolution, die einstimmig angenommen wurde.

Beim Punkt Presse erklärte er der Parteitag, einer Anrogung der Elbinger Genossen Rechnung tragend, für wünschenswerth, daß der „Königsberger Volkstribüne“ eine Beilage mit den Berichten über die Reichstagsverhandlungen beigelegt wird.

Weiter wurde eine Resolution angenommen, worin die Wahlkreise, deren Finanzen es gestatten, ersucht werden, Delegirte zum Parteitag in Hamburg zu entsenden.

Ein Antrag, den Provinzial-Parteitag nur alle zwei Jahre abzuhalten, wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Nachdem der Vorsitzende, unser alter Parteigenosse Herbig, die Delegirten angefeuert hatte, im Sinne der gefassten Beschlüsse zu wirken, ging der Parteitag mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie auseinander.

Eine Parteiversammlung in Lübeck fasste folgende Beschlüsse:

1. Der Parteitag möge beschließen, die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, im Reichstage eine Interpellation betr. die Handhabung des § 152 der Gewerbe-Ordnung durch Polizei und Justiz einzubringen.

2. Die Besprechung des Proportional-Wahlsystems als achten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

3. Die Versammlung erklärt zur Frage der Beteiligte an den preussischen Landtagswahlen, sich jeglicher Stellungnahme enthalten zu wollen, da sie dieselbe als prinzipielle nicht anseht, vielmehr in derselben eine rein faktische und dem freien Entschluß der Genossen zu überlassende erblickt. Die sozialdemokratische Partei Lübeck hat sich in ganz analogem Falle an den Bürgerrechtswahlen im Lübeckischen Staate beteiligt, bei denen ein Bürgerrechtswahl und ein kompromittiertes Wahlverfahren Folge der Partei nahezu ausschließen. Sie hat es gethan, ohne sich in irgend einer Weise etwas zu vergeben oder irgendwie sich zu schädigen, sie hat es auch ausgeführt, ohne in der Gesamtpartei Deutschlands auf irgend welchen Widerspruch zu stoßen. Hieraus leuchtet es der Ansicht, daß die Lösung der Frage getrossen den preussischen Genossen anvertraut und mit Sicherheit erwartet werden kann, daß die Entschlüsse derselben der Partei zum Vortheile gereichen werden.

Als Delegirte für den Parteitag in Hamburg wurden gewählt: Th. Schwarz, P. Pape, und Th. Bartels.

In Hocht am Main erklärte sich eine Parteiversammlung, wo Reichstags-Abgeordneter Brühne über die Frage der Beteiligte an den preussischen Landtagswahlen referirt hatte, einstimmig für die Aufhebung des Kölner Beschlusses und empfahl den Genossen allerorts die Wahlbeteiligte.

Als Reichstags-Kandidat für Straßburg i. E. wurde von einer Versammlung dortiger Parteigenossen einstimmig Genosse Bödie aufgestellt, dessen Kandidatur Genosse Weibel bekanntlich seinerzeit den Wählern Straßburgs empfohlen hat.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— In Steintin hatte der Parteigenosse Karl Beyer ein auf 10 M. oder zehn (!) Tage Haft lautendes Strafmandat erhalten wegen öffentlicher Verbreitung einer Nummer des „Volksboten“, die als Probenummer vertheilt worden war. Die Staatsanwaltschaft erklärte mehrere Artikel der Nummer für Aufreißer, deren öffentliche Verbreitung ohne polizeiliche Genehmigung nicht gestattet sei. Das Schöffengericht ließ sich darauf nicht ein, sondern erkannte auf Freisprechung, weil die Verbreitung periodisch erscheinender Druckschriften der polizeilichen Genehmigung nicht unterliegt.

— Der Parteigenosse P. Salomon, der wegen seiner Dichtung „Der Kazarer“ zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden war, ist am Donnerstag nach Verbüßung dieser Strafe aus dem Gefängnis in Zwisdau i. E. entlassen worden.

— Der Parteigenosse Gärtner in Nürnberg hat am Sonntag das Gefängnis nach zweimonatigem Aufenthalt heil und gesund verlassen und hat seine Thätigkeit in der Redaktion der „Frankischen Tagespost“ wieder aufgenommen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Korbmacher! Die Kollegen, besonders die der Angelforbrennung, werden auf die heute Abend stattfindende öffentliche Versammlung in Cohn's Festsaal aufmerksam gemacht. Es wird über die Frage verhandelt, ob die Korbmacher sich dem Holzarbeiter-Verbande anschließen sollen. (Siehe auch Infertat.) Der Einberufer.

Von der Innung Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister zu Berlin geht ein unter Bezugnahme auf die Notiz in Nr. 199 u. Bl., in der gesagt war, daß in den Lokalen des Innungsnachweises Zigaretten und Brot zur Vertheilung gelangt sei, folgende Berichtigung zu:

Die bei dem Personal des Nachweises angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß erstens eine Stufenvertheilung im Lokale des Nachweises überhaupt nicht stattgefunden hat, und daß zweitens die einmal erfolgte Vertheilung von Zigaretten selbstverständlich ohne Vorwissen, geschweige denn im Auftrage der Verwaltung des Arbeitsnachweises geschehen ist. Diese Zigaretten-Vertheilung ist lediglich auf die persönliche Freigebigkeit eines Hilfsbeamten zurückzuführen, der durch einen Gefellen ein Verabfolgung einer Zigarette gebeten wurde. Hochachtungsvoll im Auftrage der Kommission für den Arbeitsnachweis der Geschäftsführer der Innung, Schlegel.

Die Berichtigung geht uns zu unter Berufung auf den § 11 des Pressgesetzes. Das war unnötig bei der bekannten Loyalität, mit der wir in der Regel „Berichtigungen“ Raum gewähren, noch weniger war es berechtigt, denn es wird zugestanden, daß Zigaretten vertheilt worden sind; daß das im Auftrage der Verwaltung“ geschehen sein muß, hatten wir nicht behauptet.

Deutsches Reich.

Auf die Petition des deutschen Sattlerkongresses, die Kriegsministerien möchten in die Verträge mit den Unternehmern die Bestimmung aufnehmen, daß die Unternehmer die von ihnen übernommene Arbeit in eigenen Werkstätten anzufertigen haben und daß das Weitergeben der Arbeit an Zwischenunternehmer und Hausindustrielle untersagt sei, ferner daß die den Kriegsministerien unterstehenden Behörden und Regimenter angewiesen werden sollten, in die von ihnen abzuschließenden Verträge dieselbe Bestimmung aufzunehmen — auf diese durch die Ueberstände im Sattlergewerbe hinreichend begründete Petition sind von den Kriegsministerien der drei deutschen Hauptstaaten folgende Antworten eingelaufen:

Kriegsministerium. Berlin, den 29. Juni 1897.
Euer Wohlgeboren theilt das Kriegsministerium in Erwiderung auf die Vorlage ohne Datum ergebnis mit, daß es diesbezüglich abgelehnt werden muß, in den Geschäftsbetrieb der für die Militärbehörde liefernden Unternehmer in dem vom Kongress der Sattler Deutschlands vorgeschlagenen Sinne einzugreifen.

R. W. Kriegsministerium. München, 10. Juli 1897.
Euer Wohlgeboren wird ergebnis mitgeteilt, daß für das Kriegsministerium kein Anlaß besteht, den mit Lieferungen für die Militärverwaltung betrauten Unternehmern eine Beschränkung im Sinne der von Ihnen vorgelegten Bitte des Kongresses der Sattler Deutschlands aufzuerlegen.

Kriegsministerium. Friedrichs. v. A. S. Dresden, den 6. Juli 1897.

Auf die mit Schreiben ohne Datum anher gelangte Petition des Kongresses der Sattler Deutschlands wird hierdurch mitgeteilt, daß das Kriegsministerium ein Eingehen auf die Vorschläge des Kongresses ablehnen muß.

Königlich Sächsisches Kriegsministerium.
von der Planitz.

Freundlicher lauten die Antworten von Parlamentariern. Die Herren Rickert und Freiherr v. Heereman schreiben, die Petition sei zu spät eingegangen, um sie beim Stat zur Sprache zu bringen, und geben anheim, sie beim nächsten Zusammentreten des Reichstags nochmals einzubringen. Freiherr v. Heereman verspricht dabei kräftiges Eintreten für die Interessen der Sattler. Und Landtags-Abgeordneter Gröber theilt mit, er werde nicht unterlassen, der württembergischen Zentrumsfraktion von der Petition Kenntniß zu geben.

Die „Sattler- und Tapezier-Zeitung“, das Organ der Sattlergehilfen, bemerkt zu diesen Mittheilungen: „Es hat keinen Zweck, sich vorläufig mit dem Verhalten der Kriegsministerien weiter zu beschäftigen, wir müssen schon warten, bis die Staatsberatung herantritt. Alsdann werden wir nicht verfehlen, wieder hervorzutreten und dafür zu sorgen, daß den Regierungen in den Volksvertretungen ihr arbeiterfeindliches Verhalten, das sie uns gegenüber gezeigt haben, vorgehalten wird.“

Der Streik der Rathenower Gold- und Silberarbeiter hat nach einer Dauer von 2 1/2 Wochen mit dem Siege der Arbeiter geendet. Maßregelungen sollen nicht stattfinden; andererseits sollen auch die wenigen Arbeiter, welche sich dem Streik nicht angeschlossen hatten, unbehelligt gelassen werden.

Streikpostenfiskus bleibt grober Unfug. Das Schöffengericht in Liegnitz hat bekanntlich eine Anzahl Maurer, die während des Streiks der Bauarbeiter in Liegnitz auf dem Bahnhofe die von auswärts ankommenden Fachgenossen über die Situation unterrichtet, wegen Verübung „groben Unfugs“ mit Strafe belegt. Berufung hatte keinen Erfolg, denn das Landgericht erachtete das Ausschließen von Streikposten gleichfalls als „groben Unfug“, weil es geeignet sei, nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die „Arbeitswilligen“ und darüber hinaus alle Passanten, die von den Posten eventuell beobachtet und ausgefragt werden, zu beunruhigen und die öffentliche Ordnung zu stören. Das Oberlandesgericht in Breslau hat sich dieser Ansicht angeschlossen und die von den Angeklagten eingelegte Revision verworfen.

Ergebnisse der Urabstimmung im Verbands der deutschen Buchdrucker. Gau Posen. Frage 1: 82 Ja, 24 Nein. Frage 2: 82 Ja, 24 Nein. — Gau Mecklenburg-Pommern. Frage 1: 192 Ja, 20 Nein. Frage 2: 186 Ja, 26 Nein. — Gau Ostpreußen-Litauen (vorläufiges Resultat). Frage 1: 516 Ja, 179 Nein. Frage 2: 499 Ja, 202 Nein. — Gau Rheinland-Westfalen. Frage 1: 748 Ja, 226 Nein. Frage 2: 724 Ja, 250 Nein. — Gau Nordwest. Frage 1: 284 Ja, 108 Nein. Frage 2: 274 Ja, 116 Nein.

Der Streik der Harmonika-Arbeiter von Traugott Schneider u. Co. in Magdeburg-Wilhelmstadt dauert unverändert fort. Von den Streikenden ist bis jetzt noch keiner abtrünnig geworden. Zugang von Walgenmachern, Griffmachern und Steinstimmern ist zu unterlassen. Bis jetzt ist der Firma noch nicht gelungen, Arbeiter dieser Branchen zu erhalten. Haltet den Zugang fern! W. Bernstein, Vertrauensmann der Holzarbeiter Magdeburgs.

Der Maurerstreik in Langensalza i. Th. dauert noch immer fort. Nachdem noch 8 Gefellen die Arbeit niedergelegt haben, ist die Zahl der Aufständigen auf 139 gestiegen; 34 davon sind abgereist. Die Unternehmer wollen den geforderten Stundenlohn von 32 Pfennigen bewilligen, aber nur 50 der früheren Gefellen wieder einstellen.

In Leipzig wurde am Dienstag in der Versammlung der streikenden Maurer ein Zirkular des Arbeitgeberverbandes verlesen, worin gerügt wird, daß die Arbeitgeber die Bahnhofskontrolle nicht mehr in geeigneter Weise ausüben, weshalb die einzelnen ankommenden Maurer der Streikleitung in die Hände fielen und aufgeführt, Leipzig wieder verlassen. Der Arbeitgeberverband ersucht deshalb die Maurermeister, die Bahnhofskontrolle auszuüben, und

bittet die Zimmermeister, ihnen zu helfen. In der Versammlung wurde ausgeführt, daß Zirkular sei, daß die strengere Gewerkschaft der Unternehmer stark herabgestimmt worden sei und die von den Unternehmern mitgetheilten Zahlen nicht der Wahrheit entsprechen, der Streik somit günstig liege.

In Penig i. S. dauert der Streik der Wollendrucker der Firma Chevalier u. Comp. nun bereits sieben Wochen und noch immer ist das Ende nicht abzusehen. Vergangene Woche hat die Firma zwar Verhandlungen — durch Vermittelung der Firma Blaser — angebahnt, die gemachten Konzeptionen aber kurze Zeit darauf schon wieder zurückgezogen. Von Aufnahme der Arbeit ist infolge dessen noch keine Rede. Die Streikenden, die bis jetzt treu zusammen gehalten haben, bedürfen dringend der Unterstützung. Sendungen sind zu richten an Friedrich Nix in Penig i. S., Chemnitzstr. 241. Arbeiterfreundliche Blätter, hauptsächlich Oesterreich und der Schweiz, werden um Abdruck gebeten.

Ausland.

Die Feilenarbeiter Wiens stehen seit Wochen im Auslande; sie führen den Kampf gegen die Unternehmer, die die Organisation verhindern und den Arbeitsnachweis nicht anerkennen wollen. Die Kleinmeister kommen durch die kapitalistischen Großunternehmer immer mehr ins Gebränge und thäten besser, mit den Arbeitern gemeinsame Sache zu machen. Die meisten der 36 Feilenarbeitern beschäftigten neben einem oder zwei Gehilfen eine Anzahl Lehrlinge; nur die zehn größten Betriebe beschäftigten zusammen 92 Gehilfen und 29 Lehrlinge. Die Löhne sind seit 1888 stetig zurückgegangen.

Vom Kampf der englischen Maschinenbauer. Die Demonstration der Londoner Gewerkschaften am vergangenen Sonntag ist glänzend verlaufen. Trotz des schlechten Wetters nahmen Zehntausende an dem Zuge, der sich von der City aus nach Westen bis zum Hyde Park hin bewegte, theil. Die Resolution, deren Wortlaut wir gestern wiedergegeben, fand vor allen 8 Plattformen einstimmige Annahme.

Die Kesselbauer-Union hat soeben ihre Abstimmung beendet über ihre Stellungnahme zu dem Kampfe der Maschinenbauer. Die Fragen: Sind Sie für eine 48 Stunden-Woche? und sind Sie für Anschluß an die anderen Gewerkschaften, um die Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen? sind beide von 25 433 Mitgliedern bejaht worden. Dagegen sind nur 8403 der Abstimmenden für den Anschluß an das Londoner Komitee zur Erreichung des Achtstundentages in London.

In Sheffield sind zwar nur 700 Maschinenbauer ausgesperrt, einigen tausend Arbeitern ist aber die Kündigung angekündigt worden, sodaß in 14 Tagen in diesem Distrikt etwa 20 000 Arbeiter ohne Arbeit sein werden.

Daß der Verein Deutscher Industrieller für die 12 000 M., die er dem Schweinburg zahlt, von diesem auch etwas verlangt, ist selbstverständlich. Da trotz aller Mühe es diesem augenblicklich schwer zu fallen scheint, zur Verunglimpfung deutscher Arbeiter Stoff aufzutreiben, so versucht er es heute mit der Scharfmacheret, indem er die englischen Maschinenbauer anrempelt. Die streikenden Maschinenbauer sollen nach ihm die Gerichte sehr viel in Anspruch nehmen, indem sie die „friedfertigen Arbeiter“ terrorisiren. Die zuerst aufgelegten Geldbußen haben den Uebermuth der Streikterroristen nur noch mehr gereizt; die englischen Richter haben deshalb in letzter Zeit auf „hard labour“ erkannt.

Thatsachen fährt der Schweinburg natürlich nicht an und wir beweisen, daß ihm solche als Unterlage für seine Scharfmacher-Politik zu Gebote standen. Denn so leicht lassen sich die gut gekulten englischen Gewerkschaften „Bedrohungen“ u. s. w. nicht zu schinden kommen. Haben sie doch auch bedeutend mehr Bewegungsfreiheit, als die deutschen. Es ist den Streikenden ausdrücklich gestattet, vor den gesperrten Betrieben Wachen (Pickets) auszustellen. Diese dürfen in allen Fällen den Versuch machen, den zur Arbeit gehenden Arbeitsbruder zur Arbeitsniederlegung zu überreden. Solange er nicht Gewalt anwendet, hat der Schutzmänn sich fern zu halten. — Uns ist bisher noch nicht von einem einzigen Falle von Bestrafung gemeldet, noch ist uns ein solcher in den englischen Zeitungen aufgefallen.

Unternehmer-Verbände.

Die „Hamburgische Börse“ meldet aus New-York, daß nach längeren Verhandlungen der Vertrag zwischen den leitenden amerikanischen Dynamit-Gesellschaften und der Nobel-Dynamite Trust Company Ltd. London am 30. August perfekt geworden ist. Der Vertrag enthält u. a. die Bedingung, daß die amerikanischen Fabriken nicht nach Süd-Afrika liefern dürfen.

Soziales.

Ans Leipzig wird uns geschrieben: „Ein neues Mittel, die Thätigkeit des Gewerbegerichts lahm zu legen, hat ein hiesiger Fabrikant, der Inhaber der Fensterahmen-Fabrik von Albert Böhm, gefunden. Er nahm in seine Arbeitsordnung einen Passus auf, wodurch die Arbeiter sich verpflichten, das ordentliche Gericht im Streitfalle nicht anzurufen, sondern sich dem Spruch eines aus den Arbeitern der Fabrik gewählten Schiedsgerichts zu unterwerfen. Jetzt ist ein Fall bekannt geworden, wo das Schiedsgericht getagt hat und das Gewerbegericht sich deshalb zur Entscheidung der Sache nicht für kompetent hielt, sondern dem Kläger die Rücknahme der Klage empfahl. Wie nun ein derartiges Gericht arbeitet, geht daraus hervor, daß es entgegen den klaren Bestimmungen des § 124 b der Gewerbe-Ordnung einen Arbeiter, der kündigunglos entlassen worden war, nicht nur mit seiner Entschädigungsklage abwieß, sondern noch zur Zahlung eines Schadenersatzes von 15 M. verurtheilte, obgleich der § 124 b der Gewerbe-Ordnung nur die Schadenersatzforderung des Unternehmers zuläßt, wenn der Arbeiter die Arbeit rechtswidrig verlassen hat. Der Arbeiter soll nun gegen solche eklatante Gesehensverletzung kein Recht haben, das ordentliche Gericht anzurufen; das ist ein unfaustiges, dem Geiste des Gewerbegerichts widersprechendes Verlangen.“

Die Ausschließung des Gewerbegerichts durch Vereinbarung der Parteien ist zulässig. Sollte indeß in der That das betreffende Schiedsgericht so, wie behauptet, gerichtet haben, so wäre eine Schadenersatzklage gegen die Mitglieder des Schiedsgerichts nicht ausgeschlossen. Es scheint uns überdies die Annahme, daß durch eine bloße „Fabrikordnung“ die Zuständigkeit des Gewerbegerichts oder eines anderen Gerichts geändert werden könne, mit dem Geseh unvereinbar. Jedenfalls dürfte derartige einseitige Aushebungen des ordentlichen Rechtsweges bei Gelegenheit der Beratung der Novelle zur Zivilprozeß-Ordnung ein Riegel vorzuschleichen sein.

Derselben und letzte Nachrichten.

Köln, 31. August. (W. G.) Die Köln. Ztg. meldet aus Petersburg: Bei der Abfahrt des französischen Geschwaders fehlten 150 Mann der Schiffsbesatzung, die am Tage vorher an das Land gegangen waren. Jetzt fehlen noch 20 Mann, welche von der Polizei eifrig gesucht werden.

Budapest, 31. August. (W. G.) Bei dem Zusammenstoß zweier Güterzüge in Nagy Karoly sind zahlreiche Wagnbedienstete verletzt und zehn Waggons gerammt worden.

Paris, 31. August. (W. L. B.) Etwa 10 Minuten, nachdem der Präsident Faure die Macteleire-Kirche passirt hatte, explodirte innerhalb des Kirchengitters eine Bombe; dieselbe war mit Ängeln gefüllt und glich den Bomben, welche vom „Bois de Boulogne“ und an der „Place de la Concorde“ zur Explosion gebracht wurden. Schaden wurde nicht verursacht, Personen wurden nicht verletzt. Zwei Verhaftungen wurden vorgenommen.

Konstantinopel, 31. August. (W. L. B.) Der Sultan begnadigte aus Anlaß des Jahrestages der Thronbesteigung 24 wegen politischer Verbrechen in Saloniki, Monastir und Uesküb gefangen-gehaltene Bulgaren.

Lokales.

In dem Thema „Verjüngung des Unteroffizierkorps“, das kürzlich an einem aufsehenerregenden Fall erörtert wurde, schreibt uns ein Leser: Wenn die kürzlich erfolgte Eröffnung des Herrn Hauptmann v. Pöpel, welche den älteren Unteroffizieren plötzlich die Laufbahn abschneidet, die Gemüther sämtlicher älteren Charaktiere der Garnison in Erregung bringt, so nimmt das weiter nicht Wunder, denn diese sogenannten „Verjüngung“ besteht schon längere Zeit in der deutschen Armee. Vielleicht ist man bei den Gardebataillonen schon früher verfahren, so daß man dort diese Maßregel, welche bei den Linienregimentern schon mehrere Jahre im Flor ist, nicht so geneckt hat. Den Schaden aber, der dem älteren Unteroffizier aus der Verjüngung erwächst, hebt der Vortheil, daß jüngere Unteroffiziere früher als sonst deren Charge erreichen, nicht auf, denn der jüngere Mann wird doch auch einmal ein „älterer“ Unteroffizier! Wohl aber hat der Staat seinen Vortheil, indem er, wenn auch gewiß nicht absichtlich, die 1000 M. Unteroffiziersprämie spart, die nach zwölfjähriger Dienstzeit zu zahlen ist.

Man wird entgegen, daß der abgehende Unteroffizier sich ja zum Eintritt bei einem anderen Truppenteile melden könnte. Ein Unteroffizier, der sechs, sieben und mehr Jahre gedient hat, wird nun aber selten bei einem anderen Truppenteile angenommen und es ist zu beachten, daß, wenn sein Besuch Gebühre findet, er fast immer als jüngste Charge eintritt. Hieraus aber ergibt sich, daß er eine höhere Charge überhaupt nicht mehr erreicht und vielmehr als älterer Unteroffizier unter den jüngsten rangiert. Außerdem ist aber, wie schon angedeutet, zu beobachten, daß die meisten Truppenteile aus durchsichtigen Gründen selbst in dem Fall, daß Mangel bei ihnen vorhanden, ältere Unteroffiziere aus anderen Regimentern überhaupt nicht einstellen. Nun vergegenwärtigt man sich die Empfindungen eines Mannes, der jahrelang Strapazen und Mähen erduldet hat und sich nun plötzlich in seinen Erwartungen getäuscht und aus seiner Laufbahn herausgeschleudert sieht! Wer gezwungen ist, nach sechs- bis zehnjähriger Dienstzeit abzugehen, muß entweder Schulmann werden, oder einen Zivilberuf ergreifen. Wo aber findet jemand, der jahrelang seinem bürgerlichen Beruf und dem bürgerlichen Leben entfremdet war, eine passende Stellung? Ist nicht ziemlich sicher anzunehmen, daß er sich gar bald in einer verzweiflungsvollen Lage sieht? Man wird begreifen, daß ein derart behandelte Unteroffizier trotz aller patriotischen Lehren, die er genossen, gar bald auf eigene Gedanken kommen muß.

Hilfe für die Heberhämmerten. Von den „Vereinigten Berliner Expediteuren“ sind von den bis jetzt eingegangenen 2276 Kollis in die durch das Unwetter geschädigten Landesgebiete 2181 versandt worden. Es sind zur Verwendung gelangt (als 23. Sendung): an den Bürgermeister in Wilmannsbrunn 11 Kisten und 12 Kollis, an den Vorsitzenden des Unterstützungsausschusses in Göblig 12 Kisten, 27 Kollis, an den Vorsitzenden des Unterstützungsausschusses in Haynau 8 Kisten, 20 Kollis, an den Vorsitzenden des Unterstützungsausschusses in Bothenbain 18 Kisten, 26 Kollis, an Mathilde Schwedler in Sagan 5 Kisten, 13 Kollis, und als 28. von den Gesamt-Abfertigungen an das Landratsamt in Kottbus 1 Kiste, welche sämtliche Kleidungsstücke, Gebrauchsgegenstände und Schwaaren enthielten; das Verzeichnis der bis heute eingelieferten Nahrungsmittel und ungetragenen Bekleidungsstücke enthielt: 50 Zentner 20 Pfund Malz-Kaffee, 500 Pakete (à 1/2 Pfund) Kaffee-Melange, 100 Kilogramm Feinmehl-Suppen mit Nüssen, 50 Kilogramm Eiermehl-Suppen mit Schinken, 250 Stück Erdbeerkuchen, à 1/2 Pfund, 2 Zentner Malz-Kaffee, 1000 Stück Bonbonkapseln, 2 Zentner Zucker (fein), 4 Schokolade und 2 Bratwürste (ca. 6 Pfund), 25 Pfund Blut- und Leberwürste; ferner sind geschickt worden 86 Paar Mädchen-Knospfiesel und 500 Paar Knickerhübe.

Unter strenger Ueberwachung der Pferdebahnhöfe hat das Publikum zu leiden, welches während der in die Mittagsstunden fallenden Besuchszeit nach der Irrenanstalt Herzberge fährt. Dieser Tage ging ein Wagen dorthin, der im Innern 34, vorn 12 und hinten 11 Fahrgäste barg. Sollte die Pferdebahn-Gesellschaft nicht im Stande sein, das Publikum für den verhältnismäßig theuren Fahrpreis von 15 Pf. für die Strecke Bahnhof Friedrichsberg-Herzberge so zu befördern, daß niemand in die Gefahr kommt, auf der Fahrt zu erkranken?

Die Ueberführung der Heilstätte für Augenranke am Grabowsee wird durch folgenden Fall drastisch gekennzeichnet. Am 18. Juli meldete sich der Maurer B. zur Aufnahme. Am 28. Juli erhielt der Kranke vom Vorstande der Alters- und Invaliditätsversicherung-Anstalt den Bescheid, daß die Aufnahme erst erfolgen könne, sobald eine Stelle für ihn frei wäre; dies würde aber erst in einigen Wochen der Fall sein. Als B. vor einigen Tagen anfragte, wann er denn endlich in der Heilstätte aufgenommen werden könne, erfuhr er, daß noch 17 Mann vor ihm eingezeichnet waren. Wir wollen dem kranken Maurer wünschen, daß er auch ohne den Grabowsee gesund werde, doch drängt sich angesichts solcher Zustände die Frage auf, wann denn endlich mit dem Bau der Heilstätte begonnen wird, die bei Straßberg errichtet werden soll? Es kann doch bei den vielen Millionen, die der Alters- und Invaliditäts-Gesellschaft zur Verfügung stehen, unmöglich an den nöthigen Baugeldern fehlen?

Die Sprengung des Maschinenhauses der ehemaligen städtischen Wasserwerke am Stralauer Thor hat gestern Vormittag unter großem Zulauf Schaulustiger stattgefunden. Bis gestern Abend gegen 7 Uhr hatten mehr als dreißig Mann von der Eisenbahn-Brigade an der Begung der Mienen gearbeitet, die alle vier Grundmauern des Gebäudes umfassen. Ueber 80 Kilo Sprengstoffe in Kapseln und Körpern waren eingebracht und die Ladungen, die diesmal in zwei Explosionsstufen geschieden wurden, durch Steine, Erde, Sandsäcke u. s. w. gesichert. Wie bei den früheren Sprengungen hatte die Polizei wieder die Nachbarstraßen in weitem Umkreise abgesperrt. Kurz nach 9 Uhr ertönte das übliche Hornsignal, ein dumpfer Knall erschütterte die Luft und majestätisch neigte sich die nach der Syree zu gelegene, etwa 25 Meter lange Mauer, um im nächsten Augenblicke in sich zusammen zu stürzen. Als die Rauch- und Staubwolken sich verzogen hatten, sah man, daß auch die anstehenden Wiewälle mit herabgerissen waren. Auf eine halbe Stunde wurde nun die Sperre aufgehoben und die Wirkung der ersten Explosion von den anwesenden Offizieren besichtigt. Darauf erfolgte eine neue Absperzung der Umgebung und gegen 10 1/4 Uhr gab der Hornist das zweite Feuerhornsignal. Wieder folgte dumpfes Donnerrollen und mit lautem Krachen stürzten die noch stehenden drei Umfassungsmauern in sich zusammen, zugleich die schwere Eisenkonstruktion des Daches mit sich reisend, sowie den großen Krach von 400 Zentnern Tragfähigkeit, der bis dahin dem Ganzen einen sehr wirkungsvollen Stützpunkt geboten hatte. Aus der gewaltigen Rauchsäule ragte nur noch ein Stück der östlichen Seitenwand des Maschinenhauses hervor, aber nur wenige Augenblicke vermochte es sich zu halten, dann sank es ebenfalls auf dem mächtigen Trümmerhaufen nieder. Die Sprengung hat für die Nachbargebäude keine schädlichen Nebenwirkungen gehabt; und selbst das neue wenige Meter neben dem gesprengten Maschinenhause gelegene Verwaltungsgebäude des Betriebsleiters ist unbeschädigt geblieben.

Die fünf Berliner Taxameter-Gesellschaften geben, wie in der letzten Sitzung des „Fachvereins der Berliner Droschkenbesitzer“ berichtet wurde, seit Kurzem mit dem Plan um, sich zu einem Ringe zusammenzuschließen, um durch gemeinsames Vorgehen eine höhere Miethe für die Apparate herbeizuführen. Bis jetzt haben die Droschkenbesitzer für jeden Fahrpreisangeiger einen monatlichen Miethe von 5 M. zu zahlen, während durch das Zusammenschließen der Taxameter-Gesellschaft dieser Preis auf 12 M.

pro Monat hinausgeschraubt werden soll. Die Versammlung beschloß deshalb, zunächst gemeinsam mit den Vorständen der anderen Fachvereine des Droschkenfuhrerwesens bei den Direktionen der Gesellschaften in der Angelegenheit vorstellig zu werden. Sollten aber die Verhandlungen zu keinem für die Droschkenbesitzer günstigen Resultat führen, so werden sich diese einer neuen, noch im Entschieden begriffenen Taxameter-Gesellschaft zuwenden und sich so gewissermaßen ein Konkurrenz-Unternehmen zu schaffen suchen. Ferner wurde in derselben Versammlung der Beschluß gefaßt, in bezug auf die neueste Verfügung des Polizeipräsidenten von Windheim eine Eingabe an das Polizeipräsidium zu richten, dahingehend, daß auch die Kutscher nicht immer sofort wegen ganz geringfügiger Vergehen von den Schulden aufgeschrieben und zur Anzeige gebracht werden sollen. Diese Anzeigen erfolgen nach den Mittheilungen der Droschkenbesitzer besonders oft bei den auf den Salteplätzen stattfindenden polizeilichen Revisionen der Wagen, da auch ganz unerhebliche Schäden an dem Material dem Kutscher ein polizeiliches Strafmandat einbringen. Auch soll in der Eingabe gebeten werden, die drei ersten auf dem Platze haltenden Kutscher von einer eingehenden Revision auszuscheiden, um sie dem Publikum gegenüber nicht in der Fahrbereitschaft zu beeinträchtigen.

Behördliche Lauberevisionen fanden dieser Tage in den nördlich vom Nordring gelegenen Laubkolonien statt. Es handelte sich um die Ermittlung etwaiger, ohne behördliche Erlaubnis angelegter Feuerstätten. Voraussetzlich werden diese Revisionen Anlaß zur Erörterung verschiedener Rechtsfragen geben, so namentlich der, ob ein frei aufgestellter eiserner Ofen mit einem längeren Rauchrohr eine Feuerstätte ist, die der baupolizeilichen Genehmigung bedarf.

Ein wunderliches Benehmen legte gestern ein Sicherheitsbeamter gegen den Arbeiter W. an den Tag, der brav und wacker vor dem Hause Chauffeurstr. 28 die „Volkswagen-Zeitung“ vertheilt. In dem Hause befinden sich mehrere Tischlerer, deren Arbeiter bedauerlicherweise zum Theil ihrer Organisationspflicht nicht nachgeben sind. W., der sich im Besitze der polizeilichen Erlaubnis zur Vertheilung von Druckschriften befindet, verfährt in Ruhe seine Arbeit, und die Tischlerer nahmen mit Wohlgefallen die zur Vertheilung kommenden Zeitungsexemplare an. Dies sah ein Schutzmann, und der Mann des Gesetzes begann mit einem Male zu wüten. „Warum kommen Sie nicht, wenn ich wüte?“ Mit verhaltenem Lachen sah der Zeitungvertheiler sich den Wüteraker an und plägte endlich mit der selbstverständlichen Frage heraus, was er sich denn um seine, des Beamten Zeichenproche zu kümmern habe? Der Druckschriftenvertheiler wurde darauf allen Ernstes auf das Revierbureau in der Wöhlertstraße geführt, und dort nahm man ihm nicht nur eine seiner Zeitungen ab, sondern drohte ihm auch eine „Strafe“ an. Dies ist bereits das vierte Mal, daß W. derartige Unannehmlichkeiten zu bestehen hat. Hoffentlich macht man von höherer Stelle aus die Beamten des betreffenden Reviers auf das Ungehörige ihrer Handlungsweise aufmerksam und sorgt dafür, daß dem Betroffenen die beschlagnahmte Zeitung schleunigst wieder zur Verfügung gestellt werde.

Einer jener Diebstahle, welche das Verbrechen der Schlächterwagen an der Egnos-Marktstraße gewerbmäßig betreiben, wurde vorgestern in der Person des unter dem Namen „Schiefer Wilhelm“ bekannten früheren Schlächtergesellen R. festgenommen. Nachdem R. schon vor einigen Tagen dabei beobachtet worden war, wie er mit einem halben Schwein sich ernterte, wurde er vorgestern dabei abgefaßt, als er ein Rinderviertel vom Wagen nahm und, statt es in die Halle zu schaffen, sich damit entfernen wollte.

Unsere Polizeizustände. Der schlichte Mörder Josef Goency scheint trotz aller Spuren, die man hier und dort bemerkt haben will, vorläufig entkommen zu sein. Nachdem seit seiner Abreise aus Berlin schon 14 Tage verstrichen sind, ohne daß man einen deutlichen Anhalt über seinen Aufenthalt hat, muß wohl auf einen glücklichen Zufall gewartet werden. Das scheint auch die Kriminalpolizei anzunehmen, die am Dienstag wiederum die unverschämte Kafaske vorgeladen hatte. Sie mußte aber entlassen werden, ohne etwas Wesentliches angegeben zu haben.

Ein gemeingefährlicher Schwindler ist in der Person des Kaufmanns und Baunternehmers Bliesenic in Untersuchungshaft genommen. B. hatte in der Brunnenstraße ein leeres Zimmer inne, welches als Wohnung, Komptoir und Geschäftsräum diente. Der Betrüger hatte es verstanden, sich von hiesigen Auskunfts-Bureaus Blanko-Formulare zu verschaffen, verfaß diese mit vorzüglichen Auskünften und ließ sie dann bei den betreffenden Büreaus einschmuggeln. Hierbei muß B. unbedingt Helfershelfer gehabt haben, welche die Herbeischaffung resp. Unterbringung der Formulare vermittelten. Auf Grund dieser gefälschten Auskünfte erhielt nun Bliesenic einen weitgehenden Kredit. Er bestellte Waaren aller möglichen Branchen, bestellte Baumaterialien und schloß sonstige Geschäfte ab, bei denen er stets der empfangende Theil war. Eine geschätzte Firma, welche trotz wiederholter Mahnung ihr Geld nicht bekam, setzte hiervon das Auskunfts-Bureau, von dem sie eine günstige Mittheilung erhalten, in Kenntnis. Die sofort eingeleitete Untersuchung führte zur Entdeckung der Fälschung und zur Verhaftung des B. Die von der Polizei angestellten Nachforschungen hatten das Ergebnis, daß in verschiedenen Auskunfts-Bureaus gefälschte Formulare des B. aufgefunden wurden. Gegen denselben ist Untersuchung wegen Betruges und Urkundenfälschung eingeleitet.

In einem smarten Geschäftsmann hat sich der Vektor aller Deutschen in Amerika entwickelt. Seine Broschüre „Ein offenes Wort“, in welcher er seine Freunde auffordert, bei ihm Zigarren zu kaufen, ist unterzeichnet: Hermann Ahlwardt, R. d. R. In dieser Broschüre empfiehlt er als vorläufige Spezialität Zigaretten, Marke: Judenkünten mit und ohne Mundstück. Auf den Reklamefarben, die sein Bildnis tragen, empfiehlt auf der einen Seite die Firma Ahlwardt u. Co. ihre Musterfundungen, die andere Seite enthält das Lied: „Gabs darum eine Hermannschlacht.“ Auch Agitationsmarken hat Ahlwardt ausgegeben. Sie enthalten die Adressen seiner Geschäfte und in der Mitte auf violetterm Grund den Kopf Ahlwardt's (weiß) in Casavenart als erhabenes Relief ähnlich wie die Köpfe auf Gelbmünzen.

Vom Zeichen des Verkehrs im Zeichen des Militarismus. Durch die polizeiliche Stürmung eines Postkassners am Paradedage ist die Polizei mit der Postbehörde in einen ersten Konflikt gerathen. Der Beamte namens Haseloff befand sich während der Paradedstunden auf einem Dienstgange zur Vertheilung von Paketen. Pöblich wurde er, wie ein hiesiges Blatt mittheilt, „der Absperzung wegen“ angehalten und trotz seines Einwandes, daß er sich in Ausübung seines Dienstes befände und denselben auf die Minute erledigen müsse, seitens der Polizeibeamten am Weitergehen verhindert. Da sich Haseloff dies nicht gefaßt lassen wollte, wurde er zur Wache mitgenommen. Haseloff, ein älterer Beamter, hat bei seiner Rückkehr auf das Paketpostamt sofort den Sachverhalt zu Protokoll gegeben und die weitere Verfolgung der Angelegenheit beantragt. Es sind denn auch Zeugen des Vorfalles bereits amtlich vernommen worden. Nach der bisherigen Praxis dürfen Postbeamte in der Ausübung ihres Dienstes polizeilichersits an dem Betreten abgesperrter Straßenzüge nicht gehindert werden.

Arbeiterkrisis. Der Abzug eines Fensterputzers in der Leipzigerstraße erregte gestern Vormittag in der belebten Gegend Aufsehen. Der Arbeiter Franz Krüger, der bei der Fensterputz-Anstalt von Hauffe Nachf. beschäftigt ist, reinigte in dem Gustav Cord'schen Hause das große Erkerfenster der Firma Schmidt u. Lorenzen an der Ecke der Charlotten- und Leipzigerstraße. Krüger hatte hierbei seine Hängeleiter an das Fenstergeländer gehängt. Pöblich

löste sich aus noch unbekanntem Gründen die Leiter von ihrem Stützpunkte, und der Unglückliche stürzte kopfüber auf das Straßengpflaster. Blutüberströmt und demüthlos wurde er von zweien seiner Kollegen aufgehoben und mittels Droschke nach der Unfallstation in der Wilhelmstraße gebracht, wo ihm die erste Hilfe zu Theil wurde. Es wurde ein Arm- und Schädelbruch konstatiert und der Verunglückte sofort nach dem städtischen Krankenhaus Am Urban geschafft. An seinem Ankommen wird gezweifelt.

Ein obdachloser Greis, der 68jährige Gärtner Karl Baus, wurde am Montag Abend in der Nähe des Neuen Sees im Thiergarten von einem Schutzmann des 76. Polizeireviere hilflos und anscheinend schwer krank aufgefunden. Der Beamte wollte ihn nach der Charitee bringen, konnte aber nur eine Leiche abliefern, da B. unterwegs gestorben war. Was mit ihm vorgegangen, hat noch nicht klargestellt werden können. B. lebte von seiner Gohfr. 13 in Schöneberg wohnenden Frau getrennt.

Ein großes Feuer brach gestern Vormittag um 10 Uhr auf dem Boden des ausgedehnten Gebäudes Memelerstr. 7 aus. Die 2. Kompanie der Feuerwehr mußte infolge Verqualmung der Züge 2. Kompanie der Bodenräumen über die Dächer vorgehen. Erst nach mehrstündiger Thätigkeit war die Gefahr für die anstehenden Häuser beseitigt. Der Dachstuhl des Hauses mit den Bodenverklagen und deren Inhalt ist eingestürzt. Ueber die Entstehung des Feuers hat eine Aufklärung noch nicht erfolgen können.

Ein schwerer Verdacht richtet sich gegen den Pförtner des Hauses Kopenstr. 17, namens Bruno Krause: er soll durch Mißhandlung den Tod eines Kindes herbeigeführt haben. Der Inhalt der behördlich erstatteten Anzeige geht dahin, daß Krause am 16. d. die 11jährige Tochter Klara der in demselben Hause wohnenden Wittve Ulrich mit anderen Kindern spielend auf dem Hofe des Grundstücks traf und fortjagte. Die Schaar stob auseinander und Klara Ulrich wollte sich in die mütterliche Wohnung begeben. Dabei griff K. die Kleine und mißhandelte sie. Schreiend und über Schmerzen an Kopf und Rücken klagend, betrat Klara U. die Wohnung. Die Schmerzen hörten nicht auf; ein Arzt glaubte eine Gehirnerschütterung und Wirbelauddrehung zu erkennen und sorgte für die Aufnahme des Kindes im St. Hedwigs-Krankenhaus. Dort ist es am letzten Sonntag gestorben. Die Mutter hat inzwischen gegen Krause Anzeige erstattet, und die Staatsanwaltschaft hat die Leiche zwecks Feststellung des Thatsbestandes beschlagnahmt.

Auf einem Neubau in der Anklamerstraße ist gestern der 47jährige Arbeiter Bruno Bauminski, der bei dem Einlegen von Oberlicht beschäftigt war, abgestürzt. Er glitt mit einer Leiter aus, fiel herunter und zog sich einen so schweren Bruch des rechten Oberarmes zu, daß er einem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Durch Radler wurden gestern drei Unfälle herbeigeführt: Vormittags wurde vor dem Hause Reichenbergerstr. 174 die neunjährige Tochter eines Metallarbeiters überfahren; sie erlitt leichte Verletzungen im Gesicht. Mittags wurde in der Greifswalderstraße der vierjährige Sohn des Arbeiters Reibrod umgestoßen; er trug einen Bruch des linken Unterschenkels davon und fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme. Nachmittags überfuhr die Frau Pauline Bobbmannel, geb. Schwabe, einen fünfjährigen Knaben und verletzte ihn leicht am Kopfe.

Die Liste 183 für die ausländigen Formner bei Vorfis ist verloren gegangen. Es wird gebeten, dieselbe anzuhalten und in der Kirchstraße 5 beim Gastwirth Fürstberg abzugeben.

Nichtigstellung. Frau Anna Koch, Soldinerstr. 96, erklärt uns in Beziehung auf die gestrige Mittheilung, daß sich ihr Ehemann nicht ihretwegen, sondern infolge einer Krankheit erhängt habe.

Die Treptow-Sternwarte ist wegen der günstigen Beobachtung am Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag wieder von 12 Uhr mittags ab geöffnet. Die Beobachtungen bis 3 Uhr nachmittags sind ab. Der Mond, auf dem um diese Zeit die Gestirne Kaufhaus, Spenninen und Alpen zu sehen sind, ist an diesen Tagen mit dem Mikroskop von 6-8 Uhr abends zu beobachten.

Theater. Im Schiller-Theater geht unmittelbar nach der Mitte nächster Woche erfolgender Erstaufführung von Angenruber's „Die Kreuzschreiber“ Blumenthal's Schauspiel „Ein Tropfen Gift“ in Szene. In der heutigen Vorstellung kommen Goethe's „Clavigo“ und „Die Weiswitzer“ zur Wiederholung.

Aus den Nachbarorten.

Johannisthal, Nieder-Schönweide. Bezugsnehmend auf die im nächsten Jahre stattfindende Reichstags-Wahl werden die Genossen der obengenannten Orte aufgefordert, sich unverzüglich dem Arbeiter-Bildungsverein anzuschließen. Die Erfahrung lehrt, daß nur eine gute Organisation im Stande ist, die Agitation erfolgreich zu betreiben. Die nächste Versammlung des Vereins findet am 4. September im Lokale des Herrn Bastian in Johannisthal statt, in welcher Herr Cremppe einen Vortrag über „Kolonialpolitik und Kolonialhelden“ halten wird. In der Versammlung werden Mitglieder aufgenommen. Gleichzeitg machen wir auf unser Vereinsvergängen, welches am 11. September in der Borussia-Brauerei stattfindet, aufmerksam, zu welchem alle Freunde eingeladen sind. Der Vorstand.

Aus Adlershof wird uns berichtet: Ein Vorfall, der in der hiesigen Einwohnerschaft großes Kergerniß verursacht hat, spielte sich am vergangenen Sonntag in dem durch seine Polizeimaßregeln bekannten Adlershof aus Anlaß der Beerdigung des Genossen Eschenhagen ab. Schon von weitem blinnten dem ansehnlichen Leichengolge die Helmspitzen der bewaffneten Nacht entgegen, welche auf dem Kirchhofe für die Beidtragenden Bestimmungen traf, die das Empfinden der letzteren in hohem Maße verletzte. Dem Arbeiter-Verein Freiheit II, der auch hier, wie das schon nachdenkenden wollte, wurde kurzerhand das Singen auf dem Kirchhofe verboten. Dieses Verbot konnte jedoch die Sänger nicht verhindern, außerhalb des Kirchhofes an geeigneter Stelle ihren Gesang zu den Beidtragenden herüber tönen zu lassen. Ein Versuch, dem Verstorbenen einige Worte zu widmen, wurde ebenfalls verboten. Die Bergung des Sarges nun schien dem Todtengräber etwas zu langsam zu gehen, denn er fuhr die Träger, die den Sarg vor der Brust niedergeseht hatten, in forscher Weise mit den Worten an: Na, wie lange dauert das, immer vorwärts!

Wirkte schon das Verbot des Singens in anbetragt des Umstandes, daß bei Beerdigungen sogenannter Ordnungstüchtigen entsprechenden Vereinen das Singen erlaubt ist, verblüffend, so verletzte das Auftreten des Todtengräbers derart, daß sich der Unwille über diese Pietätlosigkeit bei den Umstehenden in nicht mißzuverstehender Weise bemerkbar machte.

Die Pietätlosigkeit des Todtengräbers zeigte sich übrigens kurz darauf wieder bei Beerdigung eines Kindes, indem derselbe duldete, daß einer seiner Gehilfen in Anwesenheit der Beidtragenden beim Zuschauen des Grabes eine Zigarre rauchte. Ferner ist erwähnenswerth, daß Hunde während der Beerdigung frei auf dem Kirchhof herum laufen durften; während dies doch auf jedem andern Kirchhof verboten ist.

Die läubliche Patrioten Spak verstehen. Der „Anzeiger für das Havelland“ berichtet: Eine recht unliebsame Ueberraschung wurde den Musikern zu Theil, welche am Sonnabend bei einer vom Kriegerverein zu Staaken veranstalteten Festschicht zum Tanz aufspielten. Das Vergnügungskomitee beantragte die Musikanten, bei der Polonaise den sogenannten „Musterreit“ aufzuführen, welcher darin besteht, daß, wenn die Paare im vollen Tange sind, die Spieler auf einmal erklären, unter den jetzigen Verhältnissen nicht weiter spielen zu wollen, und einer nach dem andern das Orchester verläßt, so daß der Dirigent schließlich

allein dasieht und muthig seinen Taktstock weiter schwingt, erst durch das Schweigen der Musik aufmerksam wird und sich verunwundert nach seiner Kapelle umsieht. Am nun dieser unliebsamen Situation abzuweichen, tritt ein Mitglied des Vergnügungskomitees mit einem Vierton auf das Orchester, aber anstatt der Töne bringt das Instrument häßliche Klänge hervor, die zur Vertheilung gelangen. Als nun die Musikanten diesen Scherz nach der getroffenen Verabredung ausführen wollten, und der erste mit seinem Instrumente unter dem Arme sich dem Ausgange des Saals näherte, wurde er hier von einigen Mitgliedern des Vereins, welche von der Verabredung keine Ahnung hatten, mit den Worten empfangen: „Was, Ihr wollt nicht weiter spielen, habt doch bezahlt gekriegt,“ und mit Häuten bearbeitet. Andere Mitglieder wollten nun den Kameraden nicht nachsehen; sie nahmen die nun folgenden Musiker in Empfang und prägelten sie nach Herzenslust durch, so daß eine große Käuferei entstand, wobei die Instrumente links und rechts im Saal herumflogen. Als sich endlich der Trübsinn aufgelöst hatte, wergerten sich die Musikanten alles Größtes weiterzuspielen, und wollten sich nach Hause begeben. Erst durch gütiges Zureden begaben sie sich mit ihren zerstückelten Gesichtern wieder auf ihre Plätze.

Des Räthfels Lösung. Am Sonntag den 19. September dürfen die Geschäftsleute in Spandau den ganzen Nachmittag bis Dunkelwerden ihre Läden offenhalten. Die politische Verfügung hat in der dortigen Handelswelt eine Verwunderung erregt, da sich niemand solche Konzession zu erklären vermochte. Wie sich nunmehr herausgestellt hat, ist der Grund hierfür in dem am Tage zuvor stattgefundenen Entlassung der Reservisten zu suchen. Denselben soll Gelegenheit gegeben werden, Einkäufe für ihre Rückkehr ins bürgerliche Leben zu machen. Ueber diese politische Aufmerksamkeit den entlassenen Soldaten gegenüber sind die Geschäftsleute allerdings nicht böse. Ob diese Durchbrechung der Sonntagsruhe aber erforderlich war und ob die Reservisten nicht vor oder nach ihrer erfolgten Entlassung sich ihre Reservestücke oder dergleichen hätten besorgen können, darüber sind die Ansichten verschieden.

Karbolirtes Fleisch. In Oberwalds wurde mehreren dortigen Schlächtern eines Tages von ihren Kunden das am Morgen verkaufte, theilweise schon gekochte oder gebratene Fleisch zurückgebracht, weil es so stark nach Karbol roch, daß es völlig ungenießbar war. Da den Meistern dieser Zustand des Fleisches ein Räthsel war, ließen sie dasselbe sowie auch solches von Mäthern und Schweinen aus ihrem Baden vom Kreisarzt untersuchen, welcher den Karbolgeruch sowie die Gesundheitsgefährlichkeit ebenfalls feststellte und daraufhin ermittelte, daß die Thiere, von denen das beanstandete Fleisch herrührte, einige Tage vorher in den schlaftrügerweise stark mit Karbol desinfizierten Ställen des Oberwalders Schlachthofes gestanden hätten. Der strenge Geruch der Karbolsäure — der besonders auch sehr lähmend auf die Kopfnerven des Menschen wirkt — hatte sich dem Fleische mitgetheilt, war davon haften geblieben und hatte so dasselbe ungenießbar gemacht. Den Schaden, welchen die Schlächter hierdurch erlitten haben, soll ihnen die Schlachthof-Verwaltung ersetzen, und sie glauben die bereits in die Wege geleitete Klage um so eher zu gewinnen, als auch schon der Eisenbahnstillsitz in mehreren Fällen, in denen Fleisch durch zu stark desinfizierte Eisenbahn-Transportwagen ungenießbar geworden war, zum Erfolge des Schadensverurtheilt worden ist.

Gerichts-Beilage.

Die Thätigkeit des Amtsvorschers in Jeshendorf wurde gestern in einer Verhandlung beim Amtsgericht II, Zimmer 83, in Moabit gekennzeichnet. Die Mitglieder des Statutab Solidarität und der Gastwirt Dormann in Jeshendorf hatten ein Strafmandat über 5 M. oder 2 Tage Haft bzw. 15 M. oder 5 Tage Haft erhalten, weil der Klub über die Polizeistunde hinaus in dem Dormann'schen Lokal verweilt hatte. Ein gleiches Strafmandat hatten wegen derselben Beschuldigung die Mitglieder des Gesangsvereins „Echo“ erhalten, ebenso der Wirth Dormann. Da es sich aber, wie den recherchirenden Beamten gleich am dem betreffenden Abend nachgewiesen worden war, lediglich um geschlossene Gesellschaften handelte, die Wäste nicht zugelassen hatten, so beantragte der Amtsanwalt selbst die Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Der Verteidiger des Angeklagten Dormann Dr. Moller, ging jedoch über den Antrag des Amtsanwalts hinaus und beantragte die Kosten der Vertheidigung und die notwendigen Auslagen der Angeklagten dem Gendarmerie Karge und dem Amtsdienier Mann aufzuerlegen, weil die Anzeigen frivol erlattet seien; frivol nannte der Rechtsanwalt das Vorgehen der Beamten deshalb, weil in gleicher Sache am 8. Juli vom Gericht auf Freisprechung erkannt worden war und die beiden Beamten dennoch wieder eine solche unzulässige Anzeige erstatteten. Zum mindesten seien aber die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen. Diesem Antrag schloß sich namens der anderen der angeklagte Genosse Bachmann an. Der Gerichtshof erkannte ohne Begründung dahin, daß die Angeklagten freizusprechen und die Kosten der Vertheidigung sowie die Erstattung der notwendigen Auslagen der Angeklagten der Staatskasse aufzuerlegen seien.

Die man gegen Arbeiter Recht spricht. Eigenartige Strafschärfergünde sind bei der Verurtheilung der Maurer Hermann Wolff, Franz Gomoll und Paul Pohlant zur Anwendung gelangt. Die genannten drei standen heute vor der ersten Ferienkammer am Landgericht II, um ihre Berufung gegen ein Urtheil des Schöffengerichts am Amtsgericht II zu vertreten, durch welches Wolff zu sechs Monaten, Gomoll zu einem Jahre und Pohlant zu einem Jahre und sechs Monaten Gefängniß sowie zur sofortigen Verhaftung verurtheilt worden war. Die Angeklagten haben im vorigen Sommer auf einem Bau der Schöneberger Schloßbrauerei gearbeitet. Auf diesem Bau hatte vorher eine Arbeitsleistung stattgefunden, die aber nicht von langer Dauer war, denn die bauausführende Firma Heid u. Franke bewilligte den geforderten Lohnsatz. Drei Wochen nach Beendigung des Auftrages wurden die Angeklagten, die früher noch nicht hier gearbeitet, nach dem Bau berufen. Am 16. Juli v. J. entstand nun auf dem Bau eine Schlägerei, bei welcher die Maurer Bierwagen und Schneider — ersterer in besonderer Weise — durchgeprügelt wurden. Beide haben einige unerhebliche Verletzungen davongetragen. Bei dieser Schlägerei sollen sich nun die Angeklagten hervorragend betheiligt und Pohlant soll sogar mit einem Spatenhügel drein gehauen haben. Obwohl die Angeklagten ihre Schuld bestritten, so nahm das Schöffengericht dieselbe doch für erwiesen an und hob bei der Urtheilverlesung als Strafschärfergrund hervor, daß es sich hier augenscheinlich um einen Akt der Rache handele. Bierwagen habe dafür geächtigt werden sollen, daß sich derselbe an dem Auftragne nicht betheiligt und auch trotz ergangener Aufforderung zur Unterthänigkeit über Streikenden nichts beigetragen habe. Ein solcher Terrorismus müsse streng geahndet werden. Die Verurtheilten legten Berufung ein und erklärten gestern unter dem Vorhande eines Vertheidigers, des Rechtsanwalts Herzfeld vor der Berufungsinstanz. Die Belastungszeugen jedoch bei ihren Aussagen erster Zustand und von den Entlassungszeugen wurden zwei der wichtigsten nicht vertheidigt, weil sie dem Gerichtshof als der Mithäufigkeit verdächtig erschienen, wozu wohl auch der Umstand ein wenig beigetragen haben mag, daß sie verurtheilt, sie hätten dem Pohlant den Vertheidiger gestellt, um dessen Freisprechung zu erwirken. Rechtsanwalt Herzfeld bestritt ganz entschieden die Schuld der Angeklagten, bei Pohlant beantragte er bedingungslose Freisprechung, bei Wolff und Gomoll aber zum mindesten ein non liquet. Für den Fall aber, daß sich der Gerichtshof seiner Ueberzeugung von der Nichtschuld der Angeklagten nicht anschließen wolle, beantragte er eine ganz erhebliche Herabsetzung der Strafen. Es liege nur eine einfache und gar nicht einmal erhebliche Schlägerei vor. Kein Gerichtshof würde daran gedacht haben, derartige hohe Strafen festzusetzen, wären es nicht zufällig Arbeiter gewesen, die — wiederum zufällig — vorher einen Streik hatten. Der Ge-

richtshof hielt zwar die Schuld der Angeklagten für erwiesen, hielt auch den vom ersten Richter gefundenen Strafschärfergrund für zutreffend. Indessen wurde die Strafe bei Gomoll und Pohlant um je sechs Monate herabgesetzt, so daß Wolff und Gomoll je sechs Monate, Pohlant dagegen nur ein Jahr zu verurtheilt haben. Bei Wolff blieb die Strafe bestehen. Bezüglich des Pohlant wurde der Haftbefehl aufgehoben und die Haftentlassung angeordnet.

Ein Prozeß wegen Bigamie wurde vor der ersten Ferienkammer am Landgericht II verhandelt. Der Maschinenfabrikant Otto Rudolph Ritsch aus Berlin, der im Hause Ansbacherstr. 16 seine Privatwohnung, in der Königgräberstraße aber seine Fabrik hat, war mit seiner zweiten Frau, Emilie, geb. Grün, wegen Bigamie angeklagt, während die erste Frau Marie, geb. Rebegu, als Zeugin geladen war. Der 66-jährige Angeklagte soll am 27. Dezember 1894 mit der im Jahre 1869 geborenen bis dahin unverheirateten Emilie Grün eine neue Ehe eingegangen sein, ohne daß seine frühere Ehe in legaler Weise gelöst war und die Angeklagte zu II soll in diese Ehe geschickung gewilligt haben, obwohl sie wüßte, daß die frühere Ehe des Ritsch noch zu recht bestand. Die zweite Ehe ist in Schärferhaide geschlossen worden, einer Ortschaft, welche im Bezirke des Landgerichtes Graubenz liegt. Die Sache ist zunächst bei diesem Landgericht anhängig gemacht worden, die Angeklagten haben auch darum gebeten, daß die Hauptverhandlung dort stattfinden möchte, die beiden Landgerichte haben sich aber dahin verständigt, daß die Sache hier verhandelt werde, weil beide Angeklagte im Bezirke des Landgerichtes II (die Ansbacherstraße gehört zu Charlottenburg) wohnen. Die Heiraths-Geschichte des Herrn Ritsch trägt ein stark romanhaftes Kolort. Derselbe erklärt, daß er als junger Mann nach Amerika ausgewandert sei und sich in New-York niedergelassen habe. Dort habe er ein Verhältnis mit der Marie Rebegu anknüpfen wollen und um leichter zu seinem Ziele zu gelangen, sei er auf den Rath seiner Freunde mit dem Mädchen zum Prediger seiner Gemeinde gegangen, der erst ihn und dann die angebliche Braut gefragt habe, ob sie einander heirathen wollten, und als diese Frage bejaht war, gesagt habe: „Ihr seid Ihr Mann und Frau!“ Das sei am 18. Mai 1885 geschehen. Es sei ihm mit der Ehe absolut nicht ernst gewesen. Später habe man ihm auch versichert, daß eine solche Ehe nicht gültig sei, weshalb er die Sache stets so aufgefacht habe, als lebe er im Kontinuität. Er sei dann wieder nach Berlin zurückgekehrt, habe aber seine angebliche Frau bei sich behalten, lediglich aus Liebe zu den Kindern. Das Zusammenleben sei keineswegs ein glückliches gewesen, aber der Kinder halber habe er ausgehalten, bis das letzte derselben verheirathet war. Nunmehr habe er geglaubt, aller Verpflichtungen ledig zu sein. Er habe jetzt die Ehe als ungültig erklären lassen wollen, um eine neue einzugehen, sein Anwalt habe ihn aber belehrt, daß, ehe ein solcher Schritt Erfolg verspreche, der Trauschein aus Amerika beschafft werden müsse. In seinem Auftrage habe sich sein Anwalt an eine respektable New-Yorker Advokatur gewandt, der es aber nicht möglich gewesen sei, den Trauschein zu beschaffen. Im vorliegenden Falle habe ein Tischler Töcke, der von der Gemeinde als Reverent bestellt worden war, die Ehe geschlossen — aber derartige Ehen würden nur gebildet. Sie genießen zwar einen privatrechtlichen Schutz, aber keinen kriminellen Schutz. Nun werde aber bestritten, daß der betreffende Tischler, der die Ehe des Angeklagten schloß, dazu autorisirt war, es werde ferner bestritten, daß dessen Eintragungen rechtsgültig waren, und endlich, daß überhaupt Eintragungen erfolgt seien. Nach allen diesen Richtungen hin werde Beweishebung beantragt. Vorkommender: Auch eine nichtgültige Ehe muß bei uns erst durch Richterspruch gelöst werden! — Verth.: Es war gar keine Ehe! — Nach langer Verhandlung publizirt der Gerichtshof: Es handelt sich hier um die Verurtheilung bestimmter Rechtsfragen, nicht darum, ob die in Amerika geschlossene Ehe dort gültig ist oder nicht, sondern darum, da die zweite Ehe hier geschlossen worden ist, diese in Amerika geschlossene Ehe nach unserm Rechtsbegriff gültig ist oder nicht. Das Gericht hat daher beschlossen, nur von dem Gesetze vom 1. Juli 1853 Einsicht zu nehmen, alle weitergehenden Anträge aber abzulehnen. — Es soll nun ein Exemplar des angezogenen New-Yorker Eheschließungs-Gesetzes herbeigeschafft werden zum Studium für die Richter. Bis dahin wurde die Erledigung der Sache ausgesetzt.

Wenn man an Arbeitskräften sparen will. Eine Bierreise, die etwas jäh beendet worden ist, hat dem jugendlichen Arbeiter Wilhelm Bernert, der gestern vor dem Schöffengericht zu erscheinen hatte, eine Anklage wegen Diebstahls eingebracht. Der Junge hat sich eines groben Vertrauensbruchs schuldig gemacht. Sein Unternehmer, bei dem er erst wenige Wochen in Beschäftigung war, glaubte es wagen zu dürfen, ihn mit der Einlösung eines fällig gewordenen Wechsels im Betrage von 600 M. betrauen zu dürfen. Der Angeklagte kam nicht zurück und es konnte leicht festgestellt werden, daß der Wechsel nicht eingelöst worden war. Am nächsten Tage wurde der Junge in einer Schankwirtschaft in Rixdorf ausgegriffen, es konnte ihm aber nur noch die Summe von 180 M. abgenommen werden. Den ganzen Rest hatte er in einem Tage verjubelt. Er behauptet, daß er auf dem Wege zu dem Inhaber des Wechsels auf dem Spittelmarkt einen jungen Menschen getroffen und diesem geschwäteweise verrathen habe, daß er 600 M. bei sich trage. Den Einflüsterungen des jungen Mannes folgend, habe er sich bereit erklärt, das Geld zu behalten und sich damit einen vergnügten Tag zu machen. Beide hätten sich zunächst neue Hemden und Stiefel gekauft und dann habe eine ausgedehnte Bierreise begonnen, deren einzelne Stationen der Angeklagte nicht zu schildern vermochte. Schließlich sei er wohl schände von seinem Begleiter verlassen worden, denn als er am nächsten Morgen zur Bestimmung gekommen, habe er erkannt, daß er im Freien genächtigt habe. Sein Begleiter und mit ihm der Rest des Geldes sei verschwunden gewesen. Der Gerichtshof war nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Angaben prüfen zu können. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängniß, der Gerichtshof hielt aber den Vertrauensbruch für einen so großen, daß er auf sechs Monate Gefängniß erkannte. Dann werden endlich die Geschäftsinhaber auszufragen, jugendliche Personen, die über ihr Thun und Lassen stellen wolle Rechenschaft geben können, mit derartigen bedeutlichen Kommissionen zu betrauen? Wie mancher armer Junge mag auf solche Weise schon das Opfer einer arglistigen Verführung geworden sein!

Während des Maurerstreiks in Leipzig traf der Maurer Ernst Emil Goldhardt in einem Produktladen in Renschenberg mit dem Italiener J. zusammen und suchte ihn in friedlicher Weise Vorhaltungen zu machen, daß er die freilebenden Maurer mit unterdrücken solle. Aegerlich darüber, daß J. seine Rede nicht verstand, verlegte ihn G. als er den Boden verließ einen Schlag mit der Faust ins Gesicht, daß die Nase blutete. Wegen Körperverletzung verurtheilte das Landgericht Leipzig Goldhardt unter Anrechnung von drei Wochen der Untersuchungshaft zu drei Monaten Gefängniß.

Raumburg. Der Korbmacher Albin Peter in Zeitz hatte dort auf einem geschlossenen Korbmacherballe für die freilebenden Hafenarbeiter gesammelt und sich dazu die Liste von dem Kassirer des Gewerkschaftskartells, Tischler Hermann Kerner gebohrt. Beide verurtheilte das Schöffengericht wegen öffentlicher Kollektivens zu je 15 Mark Strafe und begründete das Schöffengericht die Offenheit der Sammlung damit, daß die Listen vom Berliner Gewerkschaftskartell angegeben worden waren und das Unternehmen der Sammlung einen außerordentlich großen Umfang gehabt habe. Das Landgericht Raumburg hob das Urtheil auf und erkannte auf Freisprechung, weil durch die Schöffengerichts-Begründung in den Straffall Dinge hineingetragen worden seien, die den Gegenstand der Anklage weder bilden, noch überhaupt bilden konnten.

Aus Posen wird vom gestrigen Tage berichtet: Der Prozeß gegen den früheren Reichstags-Abgeordneten Dr. v. Starzynski

wegen Beleidigung des preussischen Staatsministeriums, begangen in einer Broschüre, hat heute vor der zweiten Ferienkammer begonnen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Rämisch, die Staatsanwaltschaft vertritt Staatsanwalt Bürkle. Der Angeklagte, der sich selbst vertheidigt, bestreitet, schuldig zu sein.

Das Urtheil lautete auf 800 M. Geldstrafe, Tragung der Kosten und außerdem wurde auf Publikation des Urtheils in einer Reihe Posener und Berliner Blätter erkannt.

Versammlungen.

Die Bauarbeiter der Zahlstelle Rixdorf-Brig hielten am 22. August im Vereinslokal Hermannstr. 199 ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab einen Ueberschuß von 34,80 M., welcher durch Antrag des Kollegen Gensch der Ortsverwaltung überwiesen wurde. Ebenso ist beschlossen, ein Spind zur Aufbewahrung der Urtheile für den ersten Bevollmächtigten und das Arbeitsrecht von Arthur Stadthagen, welches den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden soll, anzuschaffen. Weiter forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, Mißstände auf Bauten sofort dem Vertrauensmann anzuzeigen, der dieses dem Obmann des Gewerkschaftskartells überweist, damit die Mißstände wegen Abhilfe derselben zur Veröffentlichung gelangen. Auch gab derselbe bekannt, daß in der nächsten Mitgliederversammlung ein tüchtiger Referent einen wissenschaftlichen Vortrag halten wird, und forderte die Mitglieder auf zu agitieren und zahlreich zu erscheinen.

Die Antwort des Polizeipräsidenten auf die Eingabe der Berliner Droschkentischer betreffend die Sonntagsruhe im Droschkenfuhrerstande stand in der öffentlichen Versammlung der Droschkentischer, welche am 27. August im „Königlichen Hof“ tagte, zur Verhandlung. Die betreffende Antwort hat folgenden Wortlaut: Berlin, den 28. Juli 1897. Auf die Eingabe vom 20. d. M. wird Hrn. Wohlgeboren erwidert, daß die Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe durch Reichsgesetz geregelt sind (vergl. § 103 a ff. Reichs-Gewerbe-Ordnung). Nach § 103 c Reichs-Gewerbe-Ordnung unterliegt das Droschkenfuhrerwesen diesen Bestimmungen nicht. Bei dieser Sachlage erscheint es ausgeschlossen, im Wege der Polizeiverordnung die Sonntagsruhe der Droschkentischer zu regeln. Hrn. Wohlgeboren muß es deshalb überlassen bleiben, Anträge der vorliegenden Art an die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs zu richten. Königlich Polizeipräsident, Abteilung I, Friedenheide.

Krauz, welcher über die Angelegenheit referirte, war der Meinung, daß die Berliner Droschkentischer alle Ursache hätten, den Fingerzeig der Polizeibehörde zu befolgen und sich mit einer entsprechenden Petition an den Reichstag zu wenden. Wie die Verhältnisse für die Droschen an Sonn- und Feiertagen heute liegen, erhelle aus einer Statistik, laut welcher an den beiden Feiertagen mit den Berliner Verkehrsmitteln (Omnibus, Pferde-, Dampf- und elektrische Bahnen, Stadt- und Ringbahn) 242 618 Personen befördert worden sind. Was da für die Droschen übrig bleibe, sei herzlich wenig. In anderen Städten seien allerdings andere Verhältnisse. Da gehört ein Sonntag und Feiertag noch zu den hauptsächlichsten Geschäftstagen. Um also die Fuhrer nicht zu schädigen, hätten die Richter nicht unbedingte Sonntagsruhe, sondern einen Anhalt in der Woche zu verlangen, welcher Rubeltag in bestimmten Abständen auf einen Sonntag zu fallen habe. Nach Schluß einer zustimmenden Debatte wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung beauftragt die am 12. April d. J. in der Norddeutschen Brauerei gewählte Kommission, eine Petition an den Reichstag auszuarbeiten dahingehend, daß für die Angestellten im Verkehrsgewerbe, insbesondere für die Droschkentischer, durch gewerbliche Regelung ein freier Tag festgesetzt werde, wie dies für andere Arbeiterkategorien schon längst durch die Gewerbe-Ordnung geschehen ist, und diese Petition einer demnächst einzuberufenden Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Versammelten sind der Meinung, daß es ohne Schädigung des Verkehrs wesens sehr gut durchführbar ist, daß durch Gesetzesbestimmung einem jeden Fuhrer, welcher im öffentlichen Verkehrswesen beschäftigt ist, in jeder Woche ein freier Tag gewährleistet wird. Die Versammelten nehmen in dieser Frage denselben Standpunkt ein, wie f. J. die Arbeitervertreter im Reichstage, wonach in jeder dritten Woche der Anhalt auf einen Sonntag fallen muß. Die Droschkentischer erwarten von den Berufskollegen der anderen deutschen Städte, daß sie ebenfalls diesen Weg einschlagen und der dem Reichstage einzureichenden Petition sich voll und ganz anschließen werden.

Zum Besen des Streikfonds veranfaßten die Vertrauensmänner am 15. Oktober in Keller's Festsaal, Kopenstr. 29, eine Festlichkeit.

Theater- und Vergnügungsverein Belgolaud. Heute, abends 8 Uhr, Abende 144: Sitzung.

Lesesellschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute, abends 8½ Uhr, in Gensler's Hofsaal, Alte Jakobstraße 70: Versammlung.

Centralverband der Handwerker. Donnerstag, den 2. September, abends 8½ Uhr bei Babler, Rosenhalestr. 67: Mitglieder-Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (wenn Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7½ Uhr statt!!!

Zwei Wetende Nr. 13. Ein Fürstenthum Bückeburg gab es nicht und giebt es nicht, wohl aber eine Grafschaft Bückeburg. liegt in Bückeburg die Hauptstadt des Fürstenthums Schaumburg-Dippe und liegt an der Eisenbahnlinie Hannover-Bremen.

J. Rhetorik. Eine solche Schule existirt nicht. Auch einen Lehrer können wir nicht empfehlen.

Nr. 2. 450. Im Adressbuch finden Sie Handlungen von Chinawaren verzeichnet.

Abonnent G. G. Deutsch-amerikanische Schuhmaschinen-Gesellschaft Frankfurt a. M. Bezugsloß ist nicht zu zahlen. Aber für Wohnung, Vertheilung zc. haben Sie selbst zu sorgen.

M. A. 140 9 = 1,14 M., 0,85 9 = 0,85 M.

G. S. Groß-Viehtrieb. Der Flächenraum von Berlin beträgt 6400 Hektar, wie groß der Flächeninhalt der Viehtrieb ist, wissen wir nicht. — **M. Wendi, Jüterbog.** Nach herrschender Ansicht des Oberverwaltungsgerichts trifft die Polizeistunde auch Vereine, wenn solche vom Wirth bedient werden. — **M. Sch.** Sie müssen sich an die betreffende Post, bei der Sie aufgenommen sein wollen, selbst wenden. — **Adolf Schreiber.** Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. Nach Ihrer Schilderung wäre eine Klage auschließlos. — **Ch. 100.** Wenden Sie sich an den Postfiskus, Walfendirection. — **G. W. Weihensee.** 1. Falls 235 Marken gelöst waren, hat die Witwe einen Anspruch auf Rückzahlung der Hälfte der für ihren verstorbenen Mann gelebten Marken. 2. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. Durch Sperrung würden die Rollen lediglich wachsen. — **S. Rübbersdorf.** No.

Zweier Finger. Der Anspruch scheint leider verjährt zu sein. Der Vormund soll trotzdem den Unfall der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft unter dem Hinweis, daß erst später die schädlichen Folgen sich herausgestellt haben, melden und Unfälle, sowie ärztliche freie Behandlung gebühren. — **Kaiser.** Eine fassante Feuerversicherung-Gesellschaft existirt nicht in der von Ihnen beschriebenen Art. Seien Sie also froh, daß Sie von dem Vertrage mit derselben loskommen. Ob die Proportionsgebühren von Ihnen oder von der Kaiser Feuerversicherung-Gesellschaft zu tragen ist, hängt von dem und unbekanntem Wortlaut der Police ab. Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde mit der Police vor.

H. A. 199. Die Wohnungen der Rechtsanwältin Dr. Herzfeld, Heine, Heinemann, Freudenthal, Reiche ersehen Sie aus dem Adresskalender. — **Kühner, Kramm.** Nur mit polizeilicher Genehmigung ist die Abhaltung von und der Verkauf von Billets zu öffentlichen Vergnügungen in Pausen gestattet. In Dresden ist polizeiliche Aufsicht nicht erlaubt. — **H. G. 79.** Ja, es sei denn, der junge Mann ist nachweislich verheiratet worden. Und das kommt nicht vor. — **Strohsilber I. R. 200. Ja.** — **Luak.** Sie sind keineswegs zur Unterthänigkeit verpflichtet. Eine allgemeine Bestimmung, nach der Feuerungsmaterialien in Bodenräumen nicht abgebaut werden dürfen, existirt, wie Sie mit recht annehmen, nicht. Wenn Ihrer Vermietung mit Mißbrauch auf besondere Feuergefährlichkeit eine politische Verfügung des von Ihnen beschriebenen Inhalts zugegangen sein sollte, so hat die Vermietung Ihnen Schadensersatz für die Nichtabnutzung des Bodens zu leisten, kann aber nicht ohne Schadensersatz das Gezeir an Sie stellen.

Durch Ersparnis von Laden- und Schaufenstermieten biete ich in meinem Geschäftsflokal
Landsberger Strasse 90, I. Etage,
 jeden Vorteil im Ein- und Verkauf und empfehle
speziell Schleppische Fabrikate: weisse
 zu Hemden, Bezügen, Betttücher, Handtücher, Taschentücher,
 Tischzeuge und Servietten, Hemdenruch, Hemden- und Blousen-
 Pärchen, Hüben und Julets, Gardinen, Planelle und Teppiche
 in großer Auswahl zu billigen aber festen Preisen.
**Siebert Schwerin, Berlin, Landsberger-
 Strasse 90, I Et.**

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.
 Compl. Wohnungs-Einrichtungen.
Franz Tutzauer, Berlin SW., Blücherstr. 14.
 Tischlermeister, (23582)

Direct von Aachen!
 weltberühmt durch seine im Inlande und Auslande
 prämierten reellen Tuchwaren, versenden wir zu
 anerkannt niedrigen Preisen **Herren-
 Anzug- und Paletotstoffe** vom einfachsten bis
 zum elegantesten. Vorzügliche Musterwahl franco an
 Jedermann! Zahllose Empfehlungen aus allen Kreisen
 beweisen unsere Reellität!
Monopol-Cheviot, uns. bekannte Spezialität, kosten
 3 1/2 Met. schwarz, blau od. braun zu
 einem gedieg. Anzug **10 Mk.**
 Anerkennungs schreiben u. Nachbestellungen tägl.
Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen No. 78.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf von frisch gef. Fleisch.
 Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf an,
 Schweinefleisch 40 Pf. (2905L)
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Einsegnungs-Anzüge
 in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
 Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maass.

Johannisbeerwein
10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
 Obst- und Beerenweinkelterei.
 Damit ein geehrtes Publikum
 sich von der Güte und Vorzüg-
 lichkeit unserer Fruchtweine
 überzeugen kann, haben wir einen
 Ausschank errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.

Grads u. Gesellschafts-Anzüge.
 Jede Figur passend, werden vertieft.
J. Baruch, Kommandantenstr. 72
 I. Etage, Ede Reuthstraße. Anzüge
 u. Paletots nach Maass werden zu sehr
 billigen Preisen angefertigt. 2546

Steppdecken-Fabrik
 Vorzüg. Handarbeit; samend billig.
 Alle Decken werden aufgearbeitet.
Berlin O., Wallstrasse 72.
 Reelles Obst u. Gemüse-Geschäft.
 37 Jahre bestehend, Alters halber
 sofort oder Oktober zu verkaufen.
 2526 **Alexandrienerstr. 99.**

Möbel
 in jedem Stil und jeder Holzart
 äußerst billig, auch auf Theilzahlung.
 Gr. Lager gebrauchter und vertrieben
 gewesener Möbel
Oranienstr. 73.
 Unfallfaden, Klagen, Eingaben
Patzger, Steglitzerstr. 65.

Aluminium-Gebisse.
 Preis per Zahn inkl. Platte 4 Mark
Kautschuk-Gebisse
 Preis per Zahn inkl. Platte 3 Mark.
 Plomben 1.50 Mk., Zahnziehen 1 Mk.
 Schmerzloses Ziehen eines od. mehrerer
 Zähne (Nagel- od. Chloroformmethode)
 im Besonderen eines Krzes 6 Mark.
Waldemar und Reinhold Haupt,
 Rennensstraße 18 II.
 Frankfurterstrasse 113 II.

Fertige Garderobe.
 Paletot zu 15, 17, 20, 25, 30 Mk.
 Anzüge zu 18, 20, 25, 30, 35 Mk.
 Mäntel zu 20, 23, 25, 28, 33 Mk.
 Joppen zu 8, 10, 12, 15, 18 Mk.
 verkauft mit wenigem Verdienst
J. Tomporowski,
 Schneiderstr., Lindenstr. 37, I. Etage.
 Kein Baden. Bei Garderobe nach
 Maß Theilzahl monatl. 10 Mk. gestattet.

Büchse und beste Bezugquelle für
 Private, Händler und Wiederverkäufer,
 Bigaretten von 1,70 Mk. an.
J. Lucius Nachf., Stallreiberstr. 32.

Betten, Kleiderkasten, Regulatoren,
 Kleiderhaken, Kleiderbügel, Cyper-
 gläser, Wäsche, Gardinen (positiv billige
 Handliche Neanderstr. 6. 83/7

Bahn-Atelier.
 Rüstl. Jähne in tadelloser Aus-
 führung u. 3 Mk., Plomben u. 2 Mk. an.
 Schmerzlos. Zahnziehen mit. Cocain,
 Chloroform, Chloroform und Narkose
 unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei
 Bestellung v. künstl. Zähnen Zahn-
 ziehen, Zahnweihen unsonst. Zahn-
 zahlung gestattet. Woche 1 Mk.
Guckel, Knäuper Platz 2,
 Gieselerstraße 12, Steglitzerstraße 71.

Baer Sohn

24a Chausseestrasse 24a. 11 Brückenstrasse 11.
 16 Gr. Frankfurterstr. 16.

Fabrikation im grossen Maassstabe.

Streng feste, sehr billige, in Zahlen gezeichnete Preise.

Einsegnungs- Anzüge!

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält
 ein elegantes Stammbuch umsonst.

Diagonal und glatt Cheviots. Je nach Grösse und Qualität. 18,- 15,- 12,- 9 Mk. 50	Satin und Kamm- garn-Cheviots. Je nach Grösse und Qualität. 24,- 18,- 15,- 12 Mk. 50	Kammgarn- und Tuch-Arten. Je nach Grösse und Qualität. 27,- 24,- 21,- 18 Mk.	Elegante Kamm- garn- in sehr feiner Verarbeitung. Je nach Grösse und Qualität. 30,- 27,- 24,- 21 Mk.
---------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Moderne Maass-Anfertigung
 bei ausserordentlich reichhaltigem Stofflager, zu sehr mässigen
 Preisen, unter Leitung eigener Meister. — Hochmoderne
 Façons. — Chiker Schnitt. — Tadelloser Sitz.
 Einfacher, mittlerer und sehr vornehmer Geschmack.

HERREN- u. KNABEN- Bekleidung.

Möbel-Tischlerei und -Lager

compl. Wohnungs-Einrichtungen
 empfiehlt in jeder Holz- und Stylart, vom einfachsten bis zu
 dem elegantesten, zu den billigsten Fabrikpreisen.

Zu erreichen mit allen
 Pferdebahnhöfen nach dem
 Rotibuser-Thor.

Julius Apelt, Tischlermeister,
Skalitzerstr. 6. 23579

Dankfagung.
 Für die zahlreiche Theilnahme bei
 der Beerdigung meiner lieben Frau,
 unserer guten Mutter und Groß-
 mütter lagen wir allen Freunden und
 Bekannten, sowie dem Gesangsverein
 „Hoffnung“ zu Witzdorf unseren herz-
 lichen Dank.
Carl Bielecke. 3366

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
 Zugang fernhalten von Drechslern,
 Stellmachern und Tischlern von
Engel, Demmerstr. 5.
 292/13 Die Ortöverwaltung.

Die Former und Kernmacher
 der Firma **Borsig**
 haben Montag, den 23. d. M., wegen
 Vorkonferenzen die Arbeit eingestellt.
 Zugang nach betretender Firma
 ist streng fernzuhalten!
 E. Müller, Gerichtstr. 31,
 Vertrauensmann. (63/4)

Redakteur in ang. Stell. sucht
 bezügl. Licht, Vertik., Schreib-
 Bolem, gew. Organisations-Plag-
 wechsel 1. Januar ev. früher. Gest.
 Off. bef. d. Exp. unter **F. L. 16.**

Dirigent
 sucht Arbeiter-Gesangsverein. Offerten
 sind zu richten an Hr. Koch, Anton-
 straße 5, v. 1 Tr. 66/10

Tüchtigen Dirigenten
 sucht Arbeiter-Gesangsverein f. Freitag.
 Bewerbungen sind an **W. Körner,**
 Lübbenerstr. 7, v. 1 Tr. zu richten.

Tüchtige Kunstschlosser
 auf feinere Gitter und Treiarbeiten
 gesucht. **Schulz u. Goldsch.**
 Bernstraße 13.

Korbmacher.
 Gesucht Korbmachergehilfen auf neue
 Kugelförbe. 60 Pf. Arbeitslohn, eben-
 falls auf grüne Arbeit.
W. Heilmann, Hamburg.
 Tüchtige Belegerinnen auf Gold-
 seifen mech. verl. Plegnitzerstraße 15.
 Kartonnarbeiterinnen, geübte, ver-
 langt **W. Wolff, Neue Friedrichstr. 48.**

Wanzenfells
 auf Jadeits, auerm Hause, ohne Aus-
 fertigen, 1,75-2 Mk., verlangt 275g
Fr. H. y, Gerichtstr. 16, G. Kolbergerstr.
 Wir suchen zum 1. Mai 1898 einen
 tüchtigen, soliden, zuverlässigen

Lagerhalter
 für unser Kolonialwaren-Geschäft.
 Rationensfähige Bewerber wollen ihr
 Angebot bis Ende September schrift-
 lich beim Vorstand des Consum-Vereins
 „Einigkeit“, E. G. m. B. D. zu
 Lüdenscheld 1. Weist, einreichen.
Consum-Verein „Einigkeit“,
 Eingetr. Gen. m. beschr. Haftpflicht
Lüdenscheld, Weist.

Reparateur 29019
 für Pianos, Blas- und Streichinstru-
 mente, Harmonkas u. Drehorgeln sof.
 bei gutem Gehalt und angenehmer
 dauernder Stellung nach norddeutscher
 Residenzstadt v. 200 000 Einn. gesucht.
 Offerte mit Angabe d. H. Thätig. unter
 Chiffre **Z. 2.** an Expedition d. Zig.

Zum Eintritt per 1. Oktober er-
 suche ich für meine Cigarren-Fabrik
 tüchtige Cigarren- und Widel-
 macher, sowie einen Sortierer, der
 zugleich Cigarren- oder Widelmacher
 sein muss. Reiseflosten werden nach
 Uebereinkunft zurückgestellt.
S. Landsberger, Gumbinnen, Ostpr.
 Geübte Nachhaken- Arbeiterinnen
 werden verl. **Waght, Weismir. 16.**
 Gest. auf Büffels verlangt **Road,**
 Gubenerstr. 59. 3306

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Proben u. Preislisten portofrei.

Hemdentuche, Meter 28 u. 38 Pf.

Renforcés, Meter 33 Pf.

Louisianatuche, Meter 35 u. 45 Pf., Deckbettbreite 75 Pf.

Bettkörper, rot oder rot-rosa gestreift, Meter 80 Pf. u. 1 Mk., Bettbreite 1,25 u. 1,60 Mk.

Ginghams für Schürzen und Hauskleider ca. 135 cm. breit, Meter **53 Pf.**

Croisé-Parchend Meter 55 Pf. | Batist-Taschentücher mit Spitze, Stück 35 und 60 Pf.

Piqué-Parchend Meter 65 Pf. | Weiss lein. Taschentücher Dizd. 4 Mk. u. 5,25 Mk.

Stickereien, Stücklänge ca. 4 bis 4 1/2 Meter, Stück 50 Pf. bis 2,50 Mk.

**Versand-Abteilung
 Berlin W.
 Leipzigerstr. III.**

Bettdamast, Meter 65 Pf., Deckbettbreite 1 Mk.

Dowlas, Lakenbreite, Meter 85 Pf.

Halbleinen, Lakenbreite, Meter 1,20 Mk.

Drell für Unterbetten Breite ca. 100 115 cm
 Meter **1,25 1,50 Mk.**

Damen-Handschuhe, imit. schwedisch 33 Pf., Fior mit doppelt. 60 Pf., Fingerspitzen, 5 Knopf lang, 60 Pf.

Warenhaus A. Wertheim